



ZivilCourage

Magazin der DFG-VK

A vertical traffic light with three circular lenses. The top lens is illuminated with a bright red light, the middle lens with a bright yellow light, and the bottom lens with a bright green light. The traffic light is mounted on a metal pole. The background is a clear, light blue sky.

Aus friedens- politischer Sicht kein Fortschritt

Einschätzungen zum Weltfriedenskongress in Barcelona

Kritik am Konzept „Sicherheit neu denken“

Rassismus in der Friedensbewegung?

Kein Heldengedenken mehr in Kassel

Adressen

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle und DFG-VK-Shop

Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart
Telefon 0711 - 65296246
E-Mail verwaltung@dfg-vk.de
E-Mail shop@dfg-vk.de

Politischer Geschäftsführer

Michael Schulze von Glaßer
Telefon 0176 - 23575236
E-Mail svg@dfg-vk.de

BundessprecherInnenkreis

- Benno Malte Fuchs
E-Mail fuchs@dfg-vk.de
- Katja Görge
E-Mail Goergen@dfg-vk.de
- Jürgen Grässlin
E-Mail graesslin@dfg-vk.de
- Markus Hornberger
E-Mail hornberger@dfg-vk.de
- Kathi Müller
E-Mail mueller@dfg-vk.de
- Christoph Neeb
E-Mail neeb@dfg-vk.de
- Marius Pletsch
E-Mail pletsch@dfg-vk.de
- Jan Sander
E-Mail sander@dfg-vk.de
- Thomas Carl Schwoerer
E-Mail schwoerer@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverbände und -Gruppen: www.dfg-vk.de/kontakte

Bertha-von-Suttner-Stiftung der

DFG-VK, Braunschweiger Str. 22,
44145 Dortmund
Telefon 0231 - 818032
E-Mail stiftung@dfg-vk.de
www.bertha-von-suttner-stiftung.de

Carl-von-Ossietzky-Solidaritätsfonds der DFG-VK

Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart
<http://cvo.dfg-vk.de/cvo-start>

Redaktion *ZivilCourage*

Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart
Telefon 0711 - 51892620
E-Mail zc@dfg-vk.de



Titelfoto: Tommy Weespielo.de

Liebe Leserin,
lieber Leser,
ein sehr schwieriges Jahr geht zu Ende – die drohende Klimakatastrophe zeigt sich immer deutlicher, der jahrelange Krieg in Afghanistan endet als Desaster, und ein Ende der Corona-Pandemie ist nicht abzusehen.



Foto: privat

Nun ist die sog. Ampel im Amt. Dass aber die erste Maßnahme zur Pandemiebekämpfung noch vor der offiziellen Regierungsbildung die Einsetzung eines Krisenstabs unter Leitung eines Generals war, ist ein schlimmes Zeichen, das nichts Gutes erwarten lässt. Das Signal ist doch: Wenn zivile und demokratische – und damit normale – Mittel schwierig sind, dann hilft nur Militär. Von wegen!

Seit Wochen infizieren sich in der vierten Corona-Welle jeden Tag Zehntausende neu mit Covid-19. Natürlich erkranken diese nicht alle, aber nur Infizierte können das Virus weitergeben und auch Menschen anstecken, die sich nicht impfen lassen können. Und: Ein Teil erkrankt eben doch, und viele Infizierte ergeben dann viele Kranke. Von denen landet dann ein Teil „auf Intensiv“ und muss beatmet werden. Die Hälfte dieser IntensivpatientInnen überlebt das nicht, zurzeit sind das jeden Tag Hunderte. Dagegen hilft die Impfung. Kann man diese vernünftigerweise ablehnen, gar bekämpfen?

Vielleicht bin ich als jemand mit einer chronischen schweren Erkrankung in dieser Frage besonders sensibel und vorsichtig. Gegen das weitere Fortschreiten der Multiplen Sklerose muss ich jeden Tag ein Medikament nehmen, das gleichzeitig meine Immunabwehr herabsetzt. Ich sollte also möglichst nicht auch noch an Corona erkranken. Deshalb bin ich – selbstverständlich – bereits zweimal geimpft und werde mich auch „boostern“ lassen. Ich schütze mich also selbst, bin aber auch darauf angewiesen, dass sich andere durchs Impfen selbst und damit gleichzeitig mich schützen.

Nun bin ich aber auch Pazifist und Kriegsdienstverweigerer und damit besonders sensibel, was staatliche Maßnahmen, Eingriffe, Verpflichtungen angeht. Selbstverständlich bin ich gegen die Wehrpflicht. Diese ist eigentlich keine Pflicht, sondern ein Kriegsdienstzwang, der mit der hier massivsten möglichen Sanktion durchgesetzt wurde (und potenziell wieder wird). Als jemand, der wegen seiner KDV monatelang im Gefängnis saß, weiß ich, wovon ich spreche.

Der Zwang, sich am Verbrechen Krieg zu beteiligen, sich zum Morden ausbilden zu lassen und/oder das eigene Leben opfern zu müssen, ist staatlich verordnetes Unrecht, das unbedingt abzulehnen ist. Von den Menschen- und Grundrechten her gedacht sehe ich die Ablehnung dieses Zwangs zum Kriegs- oder Ersatzdienst als durch die Gewissensfreiheit geschützt und gerechtfertigt.

Wie ist das aber mit der nun diskutierten Impfpflicht? Die Freiheit des/der Einzelnen und sein/ihr Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit stehen rechtlich unter einem Gesetzesvorbehalt und gelten nur, soweit die Rechte anderer nicht verletzt werden. Einschränkende gesetzliche Maßnahmen müssen also verhältnismäßig sein, einen legitimen Zweck haben und effizient sein. Daran und im Blick darauf, wie chaotisch staatliches Handeln bei der Pandemiebekämpfung seit fast zwei Jahren immer wieder auch war, kann man berechtigt zweifeln – und sollte für vernünftige Regelungen streiten. Für ein originäres Thema der Friedensbewegung halte ich das aber nicht. Denn eine „Corona-Diktatur“ wäre die Bundesrepublik durch eine Impfpflicht sicher nicht, zumal die Sanktionen denen entsprechen, die drohen, wenn man bei „Rot“ über die Straße geht.

So hoffe ich – trotz alledem – für uns alle auf ein gutes, friedliches und aktives Jahr 2022.

Klare Ansagen machen!

Aktionen organisieren, Wissen sammeln, Lobbyarbeit machen

Von Cornelia Mannewitz



Foto: privat

Wer bringt uns den Frieden? „Kein höheres Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun“, singen die Proletarier seit 150 Jahren. Wie gut sich diese Liedzeile auch auf die Friedensfrage anwenden lässt, konnte man im Bundestags-Wahlkampf 2021 besichtigen. Frieden spielte kaum eine Rolle. Das verwandte Thema Klima schon, zumal eine Partei es quasi im Namen trägt. Wie es Frieden und Klima aber in der Ampel ergeht, wird man noch sehen müssen.

Die älteste Partei kaperte mit ihren Wahlplakaten die Farbe Rot, die der Hartz-IV-Partei gar nicht zusteht; wohl anstelle einer politischen Aussage. Ein Foto der Koalitionäre in spe ging durch die Presse: Drei leidlich schöne mittel-junge Menschen, die ihre Erfahrungen nicht wie früher aus dem Krieg oder dem antifaschistischen Kampf haben, sondern aus den Jugendorganisationen ihrer Parteien. Sie wissen, dass sie mit Bildern punkten können: Nicht wenige junge Leute sympathisieren heute mit einer extrem wirtschaftsliberalen Partei. Warum? Weil die einen smarten digitalen Wahlkampf geführt hat.

Erst sehr spät traute sich die künftige Regierung, in einen gesellschaftlichen Konflikt hineinzugehen: Sie bezog Stellung zur Coronalage. Die war längst desaströs, aber das zu verhindern, hätte ja erfordert, sich mit Wirtschaft und Teilen der Wählerschaft anzulegen. Ganz nebenbei wurden dann noch die Killerdrohnen startklar gemacht.

Umso mehr müssen wir selber tun. Das heißt aber nicht, dass wir alles andersherum machen sollten. Kriegsparteien nicht wählen? Hier und jetzt gibt es keine anderen wählbaren Par-

teien; hinter denen, die es sein könnten, steht zu wenig Geld. Gar nicht wählen, uns in einem Paralleluniversum verschanzen, Entscheidungsmethoden üben und Verschwörungsmethoden glauben, nur, weil sie ach so alternativ aussehen?

Es ist richtig, den Menschen eine andere Welt vorzuleben. Aber viele haben genug damit zu tun, sich in dieser durchzuschlagen. Wir erreichen sie nur, wenn wir auch ihre soziale Lage berücksichtigen. Der Kapitalismus ist ein hartes System. Militärische Expansion gehört zu seinem Wesen. Nichtmilitärisch handelt er nur, wenn das gerade profitabler ist. Da liegt unser Kernthema, und von dem aus müssen wir in Zusammenhängen denken.

Wir müssen also klare Ansagen machen: Aktionen organisieren, die auch Machtverhältnisse infrage stellen. Kluge Papiere schreiben und lesen. Außerdem tatsächlich lobbyieren, um Argumentationen zu drehen und den einen oder anderen greifbaren Erfolg zu erzielen. Noch mehr Wissen sammeln und diskutieren, etwa darüber, was Rechtsradikalismus für uns bedeutet.

Und: Pressearbeit, Pressearbeit, Pressearbeit! Sowohl schnell auf Aktuelles reagierende als auch planvoll eigene Themen setzende. Mit mehreren Mitwirkenden und einem guten Presseverteiler. Es kann zum Beispiel nicht sein, dass von einem Bundeskongress der DFG-VK wieder kaum jemand Notiz nimmt. Dem vorzubeugen, wäre doch schon mal ein nahe liegendes Ziel.

Cornelia Mannewitz ist Vertreterin des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern im DFG-VK-Bundesaus-schuss.



Inhalt

Titel

Ampel – aus friedenspolitischer Sicht kein Fortschritt

- 04 Erste Bewertung des Koalitionsvertrags durch die DFG-VK
- 07 General führt Corona-Krisenstab

Antimilitarismus

- 08 Kein Heldengedenken mehr in der Kasseler Karlsau
- 10 Demonstrationen in Kalkar und Nörvenich gegen Kampfdrohnen und Amtomkriegsmanöver
- 12 FCAS: teuer und gefährlich

Friedenskongress

- 14 World Peace Congress 2021 des International Peace Bureau in Barcelona
- 15 Kritisches Fazit aus Sicht einer DFG-VK-Jugenddelegation
- 17 Ergänzende Bemerkungen zum Fazit der Jugenddelegation

Pazifismus

- 19 Politik geht anders! – Kritische Bemerkungen zu „Sicherheit neu denken“
- Kriegsdienstverweigerung
- 21 Die Arbeit von EBCO: Mehr im Hintergrund, aber solide und gut

International

- 26 Global betrachtet

DFG-VK-Info

- 24 Einladung zum DFG-VK-Bundeskongress 2022 – 20.-22. Mai in Duisburg

- 25 „Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“
- 34 Bericht über das Webinar „Rassismus in der Friedensbewegung“

Atomwaffen abschaffen

- 26 Die nukleare Teilhabe muss beendet werden

Erinnerung

- 32 Würdigung von Bettina Gaus
- 33 Trauer um Tina Gewehr
- 39 In memoriam Ludwig Baumann

5 Impressum • 30, 37 Literatur • 39 Satire • 39 Beitrittserklärung zur DFG-VK • 40 Karikatur

Aus friedenspolitischer Sicht kein Fortschritt

Die Ampel-Koalition folgt einer überholten militärischen Sicherheitslogik

Am 24. November schlossen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die FDP ihren „Mehr Fortschritt wagen“ überschriebenen Koalitionsvertrag. Am 8. Dezember wurde Olaf Scholz zum Bundeskanzler gewählt und die neue Bundesregierung vereidigt.

Unmittelbar vor Drucklegung dieser *ZivilCourage* veröffentlichte der DFG-VK-Bundesverband eine erste Einschätzung der beabsichtigten Politik der neuen Ampel-Koalition.

Bereits vor Etablierung der neuen Regierung wurde zur Bekämpfung der Corona-Pandemie ein neuer Krisenstab eingesetzt. Die Leitung wurde einem Bundeswehr-General übertragen. Der DFG-VK-Landesverband NRW reagierte darauf mit einer Erklärung, die das scharf kritisierte.

Beide Papiere – die Einschätzung des Koalitionsvertrags und die Erklärung zum militärgeführten Corona-Krisenstab – werden auf den folgenden Seiten dokumentiert.

Die DFG-VK nimmt den Koalitionsvertrag von SPD, B90/Die Grünen und FDP enttäuscht zur Kenntnis. Die neue Regierung folgt weiterhin einer überholten militärischen Sicherheitslogik. Es gibt ein paar wenige Lichtblicke, die im Folgenden genannt werden.

Rüstungsexportkontrollgesetz

Die angekündigte Schaffung eines Rüstungsexportkontrollgesetzes ist ein Erfolg der Zivilgesellschaft. Die Wirksamkeit dieses neuen Gesetzes hängt allerdings von dessen Inhalt ab, so dass wir den Entstehungsprozess aufmerksam begleiten werden. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung vorsieht, keine weiteren Rüstungsexporte an im Jemen-Krieg beteiligte Staaten zu liefern. Auch dieses Vorhaben werden wir kritisch begleiten. (S. 146)

Deutschland Beobachter bei 1MSP

Die Zusage der Bundesregierung, der Vertragsstaatenkonferenz des Atomwaffenverbotsvertrages als Beobachter beiwohnen zu wollen, nehmen wir positiv zur Kenntnis. (S. 145)

Keine Minderjährige in Bundeswehr

Laut Koalitionsvertrag sollen Ausbildung und Dienst an der Waffe zukünftig nur noch volljährigen Soldat*innen in der Bundeswehr vorbehalten sein. Wir werten das als einen Erfolg der Friedensbewegung und insbesondere der Kampagne „Unter 18 nie! Keine Minderjährigen in der Bundeswehr“, die sich seit zwei Jahren für die Anhebung des Rekrutierungsalters einsetzt. (S. 149)

Untersuchungsausschuss Afghanistan

Wir begrüßen das Vorhaben der neuen Bundesregierung, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Evakuierungsmission in Afghanistan einzuberufen und den Gesamteinsatz evaluieren zu wollen (S. 150). Wir erwarten, dass die Zivilgesellschaft die Möglichkeit erhält, sich daran zu beteiligen. Zudem werden wir die Ko-

alition bei ihrem Wort nehmen und den versprochenen Dialog über die Herausforderungen der internationalen Politik mit den Bürger*innen einfordern. (S. 144)

Gewohnte Lippenbekenntnisse

Dieser Dialog ist dringend notwendig. Denn trotz kleiner Lichtblicke und den gewohnten Lippenbekenntnissen, z.B. zu einer „atomwaffenfreien Welt“ und einer „abrüstungspolitischen Offensive“ (S. 145), ist der Koalitionsvertrag aus friedenspolitischer Sicht alles andere als ein Fortschritt.

Die folgenden Punkte motivieren uns deshalb, unsere Arbeit in den nächsten vier Jahren mit Nachdruck fortzusetzen.

Bekanntnis zum 2-Prozent-Ziel

Die neue Bundesregierung gibt an, ihren Verpflichtungen innerhalb der Nato nachkommen zu wollen und langfristig insgesamt 3 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts in internationales Handeln zu investieren (S. 144). Hiermit bekennt sich die Koalition unserer Meinung nach zum 2-Prozent-Ziel der Nato und damit gleichzeitig zu einem weiteren massiven Anstieg der Rüstungsausgaben. Wir hätten erwartet, dass sich die Ampelkoalition in diesem Punkt klar von der Fehlentscheidung der alten Bundesregierung distanziert und stattdessen eine drastische Senkung des Nato-Beitrages veranlasst. Es ist dramatisch und folgenschwer, dass inmitten der Klimakatastrophe und einer seit zwei Jahren andauernden Pandemie noch mehr Geld für Verteidigung und Militär bereitgestellt werden soll.

Nukleare Teilhabe bleibt bestehen

Die Koalition will weiter an der nuklearen Teilhabe festhalten. Ein Abzug der Atomwaffen aus Deutschland wird damit unmöglich gemacht. An diesem entscheidenden Punkt und beim nicht erwähnten Thema „Ersteinsatz von Atomwaffen“ bleiben SPD und Bündnis 90/Die Grünen weit hinter den Aussagen ihrer eigenen Politiker*innen zurück. »

Impressum

Die *ZivilCourage* erscheint 2021 im 48. Jahrgang. Davor erschienen als Zeitschrift der Deutschen Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner die *Courage* und des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer die *Zivil*. Seit der Fusion der beiden Organisationen 1974 erscheint als Zeitschrift der DFG-VK die *ZivilCourage*.

Redaktionsanschrift: *ZivilCourage* – Magazin der DFG-VK, Hornbergstr. 100, 70188 Stuttgart, Tel. 0711-51 89 26 20, E-Mail zc@dfg-vk.de, Internet www.zivilcourage.dfg-vk.de
Herausgeberin: Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK), Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart
V.i.S.d.P.: Stefan K. Philipp (philipp@dfg-vk.de)

Druck: Druckhaus Stil + Find, Felix-Wankel-Straße 2, 71397 Leutenbach-Nellmersbach, Telefon 0711-12 02 02 13, E-Mail info@stil-find.de

Vertrieb: Neckartalwerkstätten, Hafenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-3202834

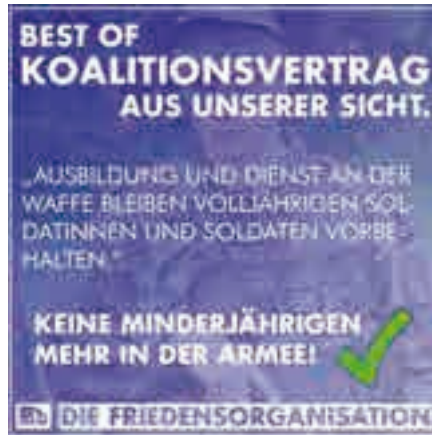
ISSN: 1614-1954

Anzeigenverwaltung: Bernhard Kusche, Hopfenweg 12, 86754 Munningen, Telefon 09082-90056, Telefax 09082-91 12 00, eMail bernhard.kusche@gmx.de; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 15 vom 1.2.2019 gültig.

Erscheinungsweise: fünf Mal/Jahr
Haftungsausschluss: Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung. Offizielle Stellungnahmen der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Der Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält.

Bezugsbedingungen: Bei DFG-VK-Mitgliedern ist der Bezug der *ZivilCourage* im Mitgliedsbeitrag enthalten. Ein Jahresabonnement kostet 14 € inklusive Porto; Abonnerung schriftlich bei der Herausgeberin.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 8. Dezember. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 21. Februar 2022.



» **Neue Atombomber für die Bundeswehr**

Mit der geplanten Anschaffung atomwaffenfähiger Kampffjets als Ersatz für die Bundeswehr-Tornados wird die nukleare Teilhabe zementiert.

Dem Vorhaben der Nato, konventionelle Mittelstreckenraketen in Europa zu stationieren, erteilt die neue Regierung ebenfalls keine Absage.

Zusage an Rüstungsprojekte

Die neue Bundesregierung gibt an, die rüstungstechnische Zusammenarbeit in Europa durch Kooperationsprojekte

stärken zu wollen. Das ist für uns eine eindeutige Zusage zur Entwicklung und Beschaffung neuer europäischer Rüstungsprojekte (wie das neue FCAS-Kampfflugzeugsystem, Kampfpanzer und Kriegsschiffe). (S. 148)

Mögliche Verzögerungen bei Rüstungsexportkontrollgesetz

Die neue Bundesregierung möchte sich nach eigenen Angaben an einer gemeinsamen EU-Rüstungsexportverordnung orientieren. Sie darf aber nicht auf eine europäische Verordnung warten und diese als Verzögerungsmöglichkeit für ein nationales Rüstungsexportkontrollgesetz nutzen. Eine europäische Verordnung ist dann sinnvoll, wenn sie zu einer restriktiven Verschärfung auf der Basis des Gemeinsamen Standpunktes der EU und nicht zu einer Verwässerung führt. Das nationale Rüstungsexportkontrollgesetz wäre zu begrüßen, wenn es sich an den Vorgaben der juristisch ausgearbeiteten Gesetzesvorlage von „Greenpeace“ und der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ orientiert.

Rüstungsexportverbot nicht weitreichend genug

Laut Koalitionsvertrag plant die neue Bundesregierung ein Exportverbot von Kriegswaffen an im Jemen-Krieg „nachweislich unmittelbar“ beteiligte Staaten. (S. 146) Nötig ist jedoch ein Rüstungsexportverbot an alle kriegführenden und menschenrechtsverletzenden Staaten.

Go für die Bewaffnung von Drohnen

Trotz nachdrücklicher Warnungen und starker Bedenken aus der Zivilgesellschaft wird eine Bewaffnung der Drohnen der Bundeswehr ermöglicht. Deren völkerrechtswidriger Einsatz würde von der DFG-VK beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zur Strafanzeige gebracht.

Kein Fortschritt beim Verbot autonomer Waffensysteme

Die Formulierung zum Thema „Autonome Waffensysteme“ ist kein Fortschritt zu den beiden vorherigen Koalitionsverträgen. Weiterhin wird die bislang folgenlos gebliebene Forderung nach einer internationalen Ächtung verwendet und damit der Druck der Zivilgesellschaft für eine deutliche Formulierung ignoriert. Wenn das deutsche Handeln auf der internationalen Bühne derart ambitionslos verbleibt, wie die Worte im nun vorgestellten Vertrag befürchten lassen, wird sich der Stillstand der letzten Jahre fortsetzen. Sollte die kommende Regierung tatsächlich „aktiv“ werden wollen, muss die Review Conference der UN-Waf-





<https://www.facebook.com/DFGVK/>

fenkonvention im Dezember für ein klares Bekenntnis und ein starkes Verhandlungsmandat für ein völkerrechtlich bindendes Instrument genutzt werden. (S. 145)

Zivile Konfliktprävention findet kaum Beachtung

Zivile Konfliktprävention im engeren Sinn findet sich nur in fünf Zeilen des Koalitionsvertrags, Verteidigung und Bundeswehr dagegen werden 73 Zeilen gewidmet. Leider spiegelt diese ungleichgewichtige Schwerpunktsetzung auch inhaltlich die gesetzten Prioritäten wider. Zwar sollen Krisenprävention und ziviles Krisenmanagement grundsätzlich gestärkt werden – allerdings fehlen konkrete Ausbauziele.

Zukunft

Wir fordern von der neuen Ampelkoalition eine Außen- und Sicherheitspolitik, die Sicherheit neu denkt und Abrüstung statt Aufrüstung in den Mittelpunkt stellt. Wie sich in der Vergangenheit gezeigt hat, führen militärisches Denken und Handeln zu einer Eskalation der Bedrohungslage und im schlimmsten Fall zu Krieg. Alle Kriegsbeteiligungen Deutschlands der vergangenen Jahre (z.B. in den Kriegen in Afghanistan, im Irak, in Libyen, in Syrien oder im Jemen), sei es durch Bundeswehreinsätze oder Rüstungsexporte, haben fatale Folgen gehabt. Wir erwarten von der neuen Bundesregierung, dass sie die Unkultur des Krieges beendet und durch eine Kultur des Friedens ersetzt. <<

General gegen Corona – geht's noch?

Jetzt geht es Corona an den Kragen: Die Leitung des einzurichtenden Krisenstabes übernimmt ein Bundeswehr-General!

In der WAZ wird unter der Überschrift „Dieser General soll die Pandemie besiegen“ schon mal festgestellt, Olaf Scholz vertraue offenbar mehr der „nüchternen Analyse der Militärs als den Einschätzungen der Virologen“. Ein Armutszeugnis für das zivile Krisenmanagement unseres Staates, aber auch ein erschreckendes Bild der kommenden Regierung, die meint, Gesundheitsprobleme mit militärischem Befehl und Gehorsam lösen zu können.

Dies ist bis jetzt der Höhepunkt des schleichenden Einzugs des Militärs in die zivilen Bereiche der Gesellschaft. Schon seit Jahren wird die zivil-militärische Zusammenarbeit ausgebaut, Militärs auf kommunaler Ebene an führender Stelle in den Zivilschutz und die Katastrophenhilfe integriert. All das, obwohl der Einsatz des Militärs im Inneren in Deutschland aus guten Gründen auf wenige Ausnahmefälle beschränkt ist. Offenbar gibt es immer noch genug Menschen, die den preußischen Irrglauben an die militärische Überlegenheit in allen Lebenslagen nicht abgelegt haben.

In Deutschland gilt eine strikte Trennung von militärischen (Verteidigungs- und Abwehraufgaben) und

polizeilichen (Gefahren- und Verbrechenspräventionsmaßnahmen) Aufgaben. Dies ist eine Konsequenz aus den Erfahrungen des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs. In Artikel 87a Abs. 2 Grundgesetz ist ein Verfassungsvorbehalt für einen Einsatz der Streitkräfte formuliert: „Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zulässt.“ Die Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr im Innern sind limitiert auf Katastrophennotstände, welche bei Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen auftreten können. Trotzdem wird von Seiten der Armee und bestimmten politischen Kräften immer wieder versucht, diesen engen Rahmen auszuweiten.

Dabei spielt auch eine Rolle, dass die Bundeswehr ihr Image verbessern will und der Bevölkerung zeigen möchte, dass sie den Menschen hilfreich zu Seite steht. Dass die manchmal auftretende Notwendigkeit, die Bundeswehr und ihr Gerät z.B. bei Flutkatastrophen einzusetzen, ist vor allem der Tatsache geschuldet, dass die Bundeswehr jährlich Milliarden Steuergelder verschlingt; dass die dem zivilen Katastrophenschutz fehlen, wird dabei verschwiegen.

Erklärung des DFG-VK-Landesverbandes NRW vom 30.11.2021 <<

„Furchtlos und treudoof“

Kein Heldengedenken mehr in der Kasseler Karlsaue

Von einigen Aktiven aus der Antimilitaristischen Aktion Berlin (amab)



Nach einer Plakat-Aktion am kriegsverherrlichenden und Nazi-Mörder ehrenden „Ehrenmal“ an der Kasseler Karlsaue sind die dortigen Reservist*innen stinksauer. Denn die Parkverwaltung sagte daraufhin die jährlich stattfindende Feier zum Volkstrauertag ab. Begründung: Die Gefallenen seien „Täter und Opfer“.

Das Hass-Denkmal in der Karlsaue. Im September eröffnete die Stadt Kassel im Schlosspark in der Karlsaue nach langer Restaurierung feierlich das Ehrenmal. In den drei Stockwerken des Ehrenmals gedenken gleich mehrere Tafeln und große Reliefs der faschistischen Mörderbanden. Die völkischen Gedenktafeln für die im Ersten Weltkrieg gefallenen deutschen Soldaten bedienen in einigen Fällen auch noch die Dolchstoßlegende. In der obersten Etage stellt sich die Bundeswehr mit einer eigenen Plakette in diese deutsche Tradition. (<https://bit.ly/3DBjh1K>)

Kein Wort zur Shoa. Außerdem gibt es auf dem Ehrenmal eine besondere weitere Tafel für Deserteur*innen des Zweiten Weltkriegs. Erklärende Schilder an den Eingängen weisen darauf hin, dass das Denkmal „kontrovers“ sei, und verbreiten die blanke Lüge, dass es für Frieden werbe. Von den Millionen von deutschen Soldaten getöteten Menschen findet sich kein Wort. Auch die Shoa, die ohne den Vernichtungskrieg der deutschen Soldaten nicht denkbar wäre, findet mit keinem Wort Erwähnung.

Sachbeschädigung. Zuletzt in den Medien war das Denkmal im September. Fiese Chaot*innen hatten das „Ehrenmal“ eines Nachts ganz schlimm entweiht. Die Chaot*innen klebten das Denkmal mit an Tabak-Warnhinweise erinnernde Poster voll. Diese informierten „Soldat*innen sind Mörder*innen“ und „Nationalismus gefährdet Ihre Gesundheit“. Die unerkannt gebliebenen Chaot*innen („Rheinmetall entwaffnen“ solidari-

sierte sich auf Instagram, bestritt aber eine Urheber*innenschaft) kritisierten, dass die Kasseler Stadtgesellschaft das Hetz- und Hassdenkmal bis heute duldet und schönredet. (<https://bit.ly/3llpp1R>)

Kreative Veränderungen. Mit einigen der als Gefallenen-Gedenken verharmlosten Hass- und Hetzlogans am Denkmal setzten sich die unerkannt gebliebenen Chaot*innen intensiver auseinander. Eine Tafel mit dem Slogan „Die Toten verpflichten die Lebenden“ ergänzten sie mittels Aufklebern um die Worte „zu Antifaschismus und Antimilitarismus.“ Das Zeichen der eigentlich gemeinten uniformierten Mörderbande überklebten sie mit einer Abbildung. Diese zeigt zwei Hände, die – so wie im DFG-VK-Logo – ein Gewehr zerbrechen. Auch die Tafel für die Bundeswehr fand ein besonderes Interesse bei den Chaot*innen. Diese ergänzten sie mit dem Slogan „Nazi-Denkmal? Hier pass ich hin!“

Volkstrauer-Feier abgesagt. Anlässlich des Volkstrauertags berichteten nun die Hessischen Neuesten Nachrichten (HNA), dass der Chef des





Reservist*innenverbands in Kassel stinksauer sei. Er sei aus „allen Wolken gefallen“, als er noch im September erfuhr, dass die Parkverwaltung der Museumslandschaft Hessen Kassel (MHK) die Feierlichkeiten zum Heldengedenktage ... ähh: Volkstrauertag abgesagt habe. Begründung: Der HMK sei aufgefallen, dass das Ehrenmal eine „heikle Sache“ ist, weil die Gefallenen „Täter und Opfer“ seien. Außerdem würden mit den Steintafeln am Ehrenmal auch Verbände geehrt, die „eindeutig Täter“ seien. Man wolle jetzt einen „differenzierten Umgang“ ... blablabla. (<https://bit.ly/3dpUtij>)

Auseinandersetzung in der Uni.

Die Aktion und das Denkmal waren außerdem Thema an der Universität. Die Vorlesungsreihe „Denkmal-Kontroverse in Kassel“ nutzte für die Bewerbung ein Bild der Denkmal-Aktion. Das Bild zeigt eine der mit einem Aufkleber ergänzten kriegsverherrlichenden Steintafeln. Im Original lautet der Slogan „Furchtlos und treu“. Nach der Ergänzung lautete der Schluss des Slogans „Furchtlos und treudoof.“ (<https://bit.ly/336M1CT>)

Fazit. Machen wir uns nichts vor: Die Zeiten sind gerade günstig. Dank der aktuell fast wöchentlich öffentlich werdenden „Einzelfälle“ von braunen Soldat*innen, die für ihre Nazi-Netzwerke alles unterhalb der Größe eines Schützenpanzers aus den Kasernen schlep-

pen, steht das Militär so sehr unter Druck wie selten zuvor. Ein offener Protestbrief hätte im aktuell sehr günstigen gesellschaftlichen Klima vermutlich Ähnliches erreicht.

Doch stellen wir uns vor, wir könnten es schaffen, offene Ansprechbarkeit, inhaltsreiche Öffentlichkeitsarbeit, freie Militanz und andere Aktionsformen lokal vor Ort zu verbinden. Welche Kraft hätten wir, politische Ziele zu erreichen! Stattdessen stellen wir Hauptamtliche ein, die in der Berliner Betonwüste ausgerechnet die grüne Kriegspartei anlobbieren sollen.

Eines der wenigen Beispiele, bei dem die Verbindung verschiedener Politikformen in der DFG-VK gut klappt, ist der Denkmalprotest um Wilfried Porwol und die DFG-VK-Gruppe Kleve (siehe *ZivilCourage* Nr. 1/2021 mit der Titelgeschichte „Krieger.Denk.Mal.“). Falls euch weitere Beispiele einfallen, schreibt bitte einen Leser*innenbrief mit Aktionsbild oder eine Mail an amab@riseup.net. Wir würden uns sehr darüber freuen.

*Autor*inneninfo: Einige aus der Antimilitaristischen Aktion Berlin (amab).*

Die amab ist Teil des U35-Netzwerkes der DFG-VK und arbeitet mit im Landesverband Berlin.

In der Regel verzichten wir auf allgemeingültige Aussagen und Stellvertretung (deswegen „einige aus der amab“). Wir verzichten meistens auch auf individu-

*elle Namensnennungen. Auf das karieregeile Publikationen-sammeln haben wir keine Lust, und es sollte um das inhaltliche Argument statt um das Ansehen der schreibenden Personen gehen. Außerdem haben wir mittels Datenschmutz-Anfragen rausgefunden, dass ein Landesamt für Verfassungsschutz Schreibttischtäter*innen dafür bezahlt, Publikationen nach Artikeln eines unserer Mitglieder zu durchforsten und in Datenbanken zu speichern, und dabei müssen wir ja den Geheimen nicht auch noch Hilfeleistung leisten.*

*Auch die Streitkultur in der DFG-VK, bei der (z.B. nach dem Niemöller-Text – siehe *ZivilCourage* Nr. 1/2021, S. 26 ff.) regelmäßig völlig unnötig mit Namen um sich geworfen wird, sagt uns nicht zu, denn wir haben Google-Phobie (deswegen gibts auch kein Bild von uns). Unser Vertrauen, dass es bei Stress und Ärger wegen unseres Engagements Unterstützung gibt, und nicht auch noch irgendwer z.B. eine Liste mit unseren Namen an die Staatsanwaltschaft faxt, ist angesichts der Konfliktgeschichte unseres Landesverbandes mit dem Bundesverband leider nicht besonders hoch. Wir versuchen, aus Geschichte zu lernen, und setzen lieber auf Datensparsamkeit. Mehr Infos zu unserer Arbeit findet sich auf unserem Blog amab.blackblogs.org*

Und was ist eine Datenschmutz-Anfrage? <https://datenschmutz.de/auskunft> <<



Keine Kampfdrohnen und Atomkriegsmanöver

Demonstrationen in Kalkar und Nörvenich

Von Joachim Schramm

Wenige Tage nach der Bundestagswahl fanden in Nordrhein-Westfalen zwei Friedensdemonstrationen statt, an denen der DFG-VK-Landesverband maßgeblich beteiligt war.

Am 3. Oktober protestierte die Friedensbewegung wie schon in den Vorjahren vor den Luftwaffen-Kommandozentralen von Nato und Bundeswehr im niederrheinischen Kalkar. Am folgenden Wochenende fand am Luftwaffenstandort Nörvenich zwischen Köln und Aachen eine Demonstration gegen das bevorstehende Atomkriegsmanöver „Steadfast Noon“ statt.

Obwohl beide Veranstaltungen die Möglichkeit boten, kurz nach der Wahl noch einmal deutlich zumachen, welche Themen im Wahlkampf gefehlt hatten – oder vielleicht gerade wegen der Nähe zum Wahlkampf – blieb die Beteiligung hinter den Erwartungen zurück. In Kalkar demonstrierten bei widrigen Wetterbedingungen nur knapp 100 Aktivist:innen, in Nörvenich waren es zwischen 150 und 200.

Trotzdem war bei beiden Aktionen die Stimmung gut; diejenigen, die gekommen waren, hatten etwas zu sagen: Angesichts der aktuellen Diskussion um die Bewaffnung mit Bundeswehr-Drohnen und der Beschaffung von europäischen Waffensystemen wie Eurodrohne oder FCAS (Future Combat Air Systems) machte die Demonstration in Kalkar auf die Tatsache aufmerksam, dass diese gefährlichen Waffen im Falle der Anschaffung aus den Militäranlagen im beschaulichen Kalkar auskommandiert würden.

Der Hauptredner Lühr Henken, DFG-VK-Mitglied und aktiv im Bundesausschuss Friedensratschlag sowie in der bundesweiten Drohnenkampagne, stellte diese Tatsache in den Zusammenhang der allgemeinen Aufrüstung, vor allem auch im Bereich Luftwaffe: „Die Aufrüstung von Heer, Marine und Luftwaffe Deutschlands ist umfassend. Kramp-Karrenbauer kündigte dazu in einer Grundsatzrede vor eineinhalb Jahren an: ‚Im Schnitt bekommt die Bundeswehr jede Woche einen neuen Panzer, jeden Monat ein neues Flugzeug und jedes Jahr ein

neues Schiff.‘ Die Luftwaffe soll also bis 2031 jeden Monat ein neues Flugzeug erhalten.“

Um die Zusammenhänge zu anderen gesellschaftlichen Themen darzustellen, waren als weitere Redner ein Vertreter von „Aufstehen gegen Rassismus Kleve“ und ein Betriebsratsvorsitzender aus dem Gesundheitsbereich eingeladen.

Für besondere Aufmerksamkeit sorgte eine Aktion am Ende der Demonstration: Die letzten Meter zum Kundgebungsplatz legte eine Gruppe Demonstranten rückwärts zurück, versehen mit Schildern gegen die rückwärtsgewandte Politik der bisherigen Regierung (von der sich die angekündigte Politik der neuen Regierung in diesem Bereich aber wohl kaum unterscheiden wird).

Die letzte Anmerkung trifft auch auf die nukleare Teilhabe zu, die von keiner der drei Ampelparteien real in Frage gestellt wird. Im Rahmen dieser Teilhabe probt die Nato mit den entsprechenden Mitgliedsstaaten jeweils im Oktober den Atomkrieg! Mit Atombombern aus der Türkei, aus Italien, Belgien, den Niederlanden und Deutschland wird das Anbringen der Bomben an den Flugzeugen geübt, das Starten und das Abwerfen, um auch auf den realen Einsatz, den atomaren Massenmord, vorbereitet zu sein. Geübt wird mit Attrappen, anders wäre es wohl mitten im dichtbesiedelten Europa etwas zu riskant.

Gegen dieses Manöver „Steadfast Noon“ fand in diesem Jahr zum ersten Mal in Deutschland eine Protestaktion statt, und zwar am Luftwaffenstandort Nörvenich zwischen Aachen und Köln. Dort befindet sich der Ausweichflughafen für die Atombomber aus Büchel, die Bunker zur Aufnahme der Atombomben sind dort ebenfalls vorhanden. Ab dem kommenden



Foto: Stefanie Inveen



Nach der Kundgebung setzte sich der Demozug durch das eher verschlafene kleine Örtchen in Bewegung, das sich auf Straßenschildern an mehreren Punkten mit dem Luftwaffenstützpunkt identifiziert. Dieser wurde kurz nach dem Krieg von der britischen Air Force ge-

baut und schon bald an die neu entstandene Luftwaffe übergeben. Hier war der berühmte Starfighter stationiert, mit dem allein an einem Tag 1962 vier Piloten in der Nähe von Nörvenich in den Tod stürzten.

Jahr sollen die Bundeswehr-Tornados für vier Jahre in Nörvenich stationiert werden, da Büchel dann für die Nachfolge-Flugzeuge und neue Atombomben umgebaut wird.

Mitten in dem kleinen Ort mit ca. 11 000 Einwohner:innen fand die Auftaktkundgebung statt, an der knapp 200 Menschen teilnahmen. Die Veranstalter, Friedensgruppen aus Aachen, Köln, Bonn und Düren sowie der DFG-VK-Landesverband waren in dieser Konstellation das erste Mal zusammen aktiv.

An der Zufahrtstraße zum Stützpunkt machte die Demo Halt. Hier wurde über den Namensgeber des Stützpunktes, den Weltkrieg-1-Jagdflyer Oswald Boelke informiert, der sich durch die Tötung zahlreicher französischer Piloten „auszeichnete“. Symbolisch wurde die Straße nach einem bedeutenden Franzosen, dem Maler Claude Monet umbenannt. Vor dem Tor wurde dann das bekannte Borchert-Gedicht „Dann gibt es nur eins“ vorgetragen, dessen Aufforderung zum Nein-sagen speziell an die Piloten der Atombomber auch auf einem Transparent zu lesen war.

Nach vielen Jahren, in denen Nörvenich von der Friedensbewegung nur noch selten besucht wurde, waren sich die TeilnehmerInnen nun einig, dass sich das wieder ändern muss. Inzwischen gibt es schon Pläne, in Nörvenich im kommenden Jahr einen Ostermarsch abzuhalten. Und beim nächsten Atomkriegsmanöver im Oktober 2022 wird man wieder vor dem Atomkriegs-Stützpunkt protestieren!

Das diesjährige Steadfast-Noon-Manöver startet eine Woche später, am 18. Oktober an einem anderen Stützpunkt der nuklearen Teilhabe, im Ghedi in Italien. Auch deutsche Tornados waren beteiligt.

Nur wenige Dutzend Kilometer von Nörvenich entfernt sind auch im belgischen Kleine Brogel und im niederländischen Volkel die B-61-Atombomben stationiert

Joachim Schramm ist Geschäftsführer des DFG-VK-Landesverbands NRW.◀◀

DFG-VK-Jugend-Treffen in Kassel



Vom 17. bis 19. September fand im nordhessischen Kassel das sechste Treffen der jungen DFG-VK-Mitglieder unter 35 Jahren statt. Zwar hat unser Verband aktuell knapp 3600 Mitglieder, der „U35“-Anteil liegt aber nur bei rund 225 Personen. Die DFG-VK fördert die Jugendarbeit daher seit Jahren und organisiert etwa regelmäßig bundesweite Treffen.

Aufgrund der Coronapandemie konnte das diesmal aber nur in „abgespeckter“ Form stattfinden – zehn junge Leute waren in Kassel dabei. Doch auch in diesem kleinen Kreis wurde viel gemacht und diskutiert: Es gab einen Input zu „Lobbying von unten“, in dem anhand von Beispielen gezeigt wurde, wie man auf Politiker*innen und andere Entscheidungsträger*innen Einfluss nehmen und sie von unseren friedenspolitischen Positionen überzeugen kann.

Ein junges Mitglied mit kolumbianischen Wurzeln erklärte uns den aktuellen Konflikt in dem südamerikanischen Land: Viele Menschen dort fordern gerade mit Protesten soziale Verbesserungen und werden von der Regierung mit Milizen und dem Militär niedergeschlagen – dabei kommen auch Waffen aus Deutschland zum Einsatz.

Darüber hinaus wurde auf dem U35-Treffen auch viel über die DFG-VK – etwa die Strukturen des Verbands – diskutiert. Es war ein „kleines aber feines“ Treffen in Kassel. Im kommenden Jahr soll es – nach hoffentlich weitestgehend überstandener Pandemie – wieder ein größeres Treffen geben.

Michael Schulze von Glaßer

Teuer und gefährlich: FCAS

Informationen zur digital vernetzten Luftkriegsführung der Zukunft

Eine Information der Kampagne „Bundeswehr abschaffen“

Am 23. Juni hat der Haushaltsausschuss des Bundestages 4,6 Milliarden Euro für die Studien und die Erstellung eines Prototyps des Future Combat Air Systems (FCAS) beschlossen.

Es wird das teuerste Rüstungsprojekt von Staaten der Europäischen Union mit geplanten 100 Milliarden Euro Gesamtkosten.

Was ist FCAS und was gehört dazu? FCAS ist ein vollkommen neues Kampfflugzeug mit Tarnkappeneigenschaften, neuem Triebwerk, neuer Sensorik und der Möglichkeit, vernetzt mit anderen Systemen zu operieren. Es soll mit einem Drohnenschwarm sowie als System mit anderen Waffensystemen in der Luft, am Boden und auf See sowie im Cyberspace kommunizieren und kooperieren können. Ziel ist ein Gesamtsystem aller Waffensysteme.

Dazu gehören unbemannte Flugobjekte, also Drohnen, die gemeinsam mit dem Kampfflugzeug im Schwarm fliegen können. Sie sollen Fähigkeiten zur Spionage (Aufklärung), elektromagnetischer Störung (Jamming) sowie Täuschung haben. Drohnen sollen bewaffnet werden können für Luft-, Boden- und Seekampf.

Eine sogenannte Combat Cloud soll das System aus Kampfflugzeug und Drohnenschwarm mit anderen Kampfsystemen über eine Datenübertragung in „Echtzeit“ miteinander vernetzen. Dadurch sollen sämtliche Sensoren von Flugzeugen, Schiffen, Landfahrzeugen oder -stationen und Satelliten sowie Waffen dieser Systeme miteinander vernetzt eingesetzt werden. Es geht nicht nur um herkömmliche Waffen, sondern auch um elektromagnetische und den Cyberspace.



Wofür FCAS? Im Luftkrieg sollen bemannte und unbemannte Flugobjekte Daten und Informationen sammeln und untereinander kommunizieren, um die militärischen Absichten des Gegners sicher und schnell zu erkennen. Durch diesen militärischen Vorsprung soll der Gegner ausgeschaltet werden, bevor er reagieren kann.

Die dabei anfallende Datenmenge sollen in der Combat Cloud verarbeitet werden. Das System besteht aus Großdrohnen, die aus großer Höhe in der Lage sind, das Gesamtgeschehen eines militärischen Kampfgebiets mit Sensorik zu überblicken, Daten und Informationen zu sammeln, zu digitalisieren und allen am Kampfgeschehen Beteiligten zu übermitteln, zusammen mit vielen anderen Waffensystemen. Drohnenschwärme aus kleinen Drohnen sind in der Lage, aus geringer Höhe detaillierte Lagebilder zu erstellen und zu übermitteln. Die Daten und Informationen werden dann als Einsatzbefehl an die Kampfflugzeuge im Kampfgebiet übermittelt, damit diese dann gezielt ihre Bomben und Raketen abwerfen.

Vernetzte Kriegsführung nicht nur in der Luft. In die militärische Vernetzung FCAS sollen perspektivisch auch die neuen Flottendienstboote, das Nachfolgemodell des Panzers Le-

opard 2, Militärfahrzeuge bis hin zu jeder SoldatIn eingebunden werden. Die unterschiedlichen militärischen Fähigkeiten einzelner Systeme sollen zu einer Gesamtfähigkeit verschmelzen.

Das Ziel ist, möglichst alle Daten und Informationen der einzelnen am Kampfgeschehen Beteiligten in Echtzeit zu sammeln, auszuwerten und allen zur Verfügung zu stellen. Damit soll der militärische Gegner frühzeitig erkannt und effizient bekämpft werden, bevor er selbst in der Lage ist zu kämpfen. Für die frühzeitige Erkennung des Gegners, seines Standortes und seiner Kampffähigkeit werden Systeme der signalerfassenden Aufklärung, Systeme, die Informationen und Daten über ein gesamtes Kriegsgeschehen sammeln können und Satelliten benötigt, die diese Daten und Informationen in Echtzeit übermitteln können. Je mehr Informationen und Daten über den militärischen Gegner gesammelt werden sollen, desto mehr muss in diesem Bereich aufgerüstet werden.

Verschwendete Steuermittel für Rüstungskonzerne. Beteiligt an FCAS sind die BRD und Frankreich mit dem Konzern Airbus, Frankreich mit dem Konzern Dassault Avion und Spanien mit dem Konzern Indra Sis-

temas. Airbus hat die Leitung in der Entwicklung des vernetzten Systems für den Luftkrieg. Zusätzliche Partner sind MBDA für Lenkflugkörpersysteme, Thales für Kommunikations-, Informations- und Steuerungssysteme und Safran für Kampfflugzeugtriebwerke. Da die drei beteiligten Staaten sich die Kosten teilen, bedeutet das: Schon der Entwurf des neuen europäischen Kampffjets kostet über 13 Milliarden Euro. Wenn das System FCAS funktionieren soll, müssen alle am System Beteiligten immer auf dem gleichen Ausrüstungsstand sein. Damit ist eine dauerhafte Aufrüstung aller am System beteiligten Teilsysteme verbunden.

Bedenken des Bundesrechnungshofes (BRH). Der BRH hat den Mitgliedern des Haushaltsausschusses abgeraten, der Vorlage des Bundesministeriums für Verteidigung zuzustimmen. Er kritisiert, dass für das Projekt noch kein Vertragswerk zwischen den beteiligten drei Staaten und den Rüstungskonzernen vorliegt. Die Freigabe der Milliarden soll erfolgen, obwohl das Bundesfinanzministerium einräumt, dass „weder die Konzeptstudie noch die Phase 1A bisher beendet werden konnten und abschließende Ergebnisse insofern nicht vorliegen.“ Es gibt nur eine Absichtserklärung, und dennoch soll Geld bereit gestellt werden.

Der BRH kritisiert auch, dass die Nutzungsrechte an den Studien, die von den Staaten bezahlt werden sollen, nicht endgültig geklärt sind. Airbus besteht darauf, dass die Studienergebnisse nur mit der Zustimmung der Rüstungskonzerne an die Partnerstaaten weiter gegeben werden. Der BRH kritisiert, dass von 4,6 Milliarden Euro lediglich Studien erstellt und ein Prototyp des Kampfsystems bis 2027 gebaut werden. Es ist nicht planbar, wie teuer das Endprodukt sein wird, das 2040 einsatzbereit sein soll. Er kritisiert auch, dass das Risiko besteht, dass die Drohnen und Kampfflugzeuge keine Zulassung im zivilen Luftraum bekommen. Die Prüfer kritisieren au-

ßerdem, dass das Parlament nicht beteiligt wird, etwa bei der Frage, ob die Entwicklung so erfolgreich war, um das Projekt weiter zu verwirklichen. Bei der Entwicklung von FCAS liegen die finanziellen Risiken ausschließlich bei den Steuerzahler*innen der beteiligten Staaten.

Geübt wird schon jetzt in Schleswig-Holstein. Vom Flugplatz Todendorf an der Ostsee übte Airbus bereits 2019 den gemeinsamen Flug von Drohnenschwärmen. Die Erkenntnisse der Übungen über dem Meer sollen in die Entwicklung des FCAS einfließen.

Das „mit anderen Luftstreitkräften vernetzte System“ soll „das gegnerische Luftkriegspotenzial in der Luft und am Boden“ bekämpfen können, hatte ein Bundeswehroffizier im Vorfeld gesagt. Am 24. Juni startete ein Eurofighter im Rahmen einer Luftwaffenübung am Fliegerhorst Jagel. In Todendorf startete gleichzeitig eine unbemannte Drohne. Über der Ostsee übernahm der Eurofighter dann die Lenkung der Drohne. „Wenn das klappt, wäre das ein Riesending“, hatte der Offizier . Bei der Kriegsführung der Zukunft sollen autonom fliegende, eventuell bewaffnete Drohnen mit einer neuen Generation von Kampffjets kontinuierlich kommunizieren. Mit der Übung sollte vor allem die Combat Cloud erprobt werden. Der NDR berichtete auch (<https://bit.ly/3EEQE4Y>).

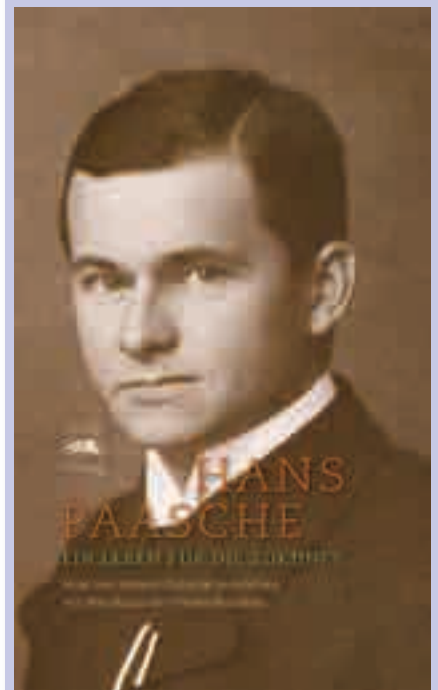
Der endgültige Beschluss steht noch aus. Da der Verteidigungshaushalt für das Haushaltsjahr 2022 zum Ende der letzten Legislaturperiode beschlossen wurde, unterliegt er der „Diskontinuität“. Das heißt, die neue Bundesregierung muss einen neuen, zweiten Regierungsentwurf beschließen und in das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren einbringen. Der Bundestag wird den Haushalt dadurch voraussichtlich erst bis Mitte 2022 wohl beraten und beschließen können. Wir können deutlich machen, was wir von dieser Verschwendung von Steuermitteln, die nur den Zweck haben, zu zerstören, halten: Nichts! <<

„Hans Paasche ehren!“



Hans Paasche, geboren in Rostock 1881, ermordet auf seinem Gut Waldfrieden 1920, wandelte sich durch seine Erfahrungen als Marineoffizier in Deutsch-Ostafrika zum Pazifisten und Sozialisten. Der Historiker und Verleger Helmut Donat stellte am 28. Oktober in Rostock sein neues Buch über ihn vor.

Die Initiative „Hans Paasche ehren!“ mit Mitgliedern in Rostock und Bremen möchte Paasche auch an anderen Orten bekanntmachen. Interessierte bitte melden unter rostock@dfg-vk.de



Erscheint in Kürze: Helmut Donat (Hrsg., in Verbindung mit dem Rostocker Friedensbündnis): Hans Paasche. Ein Leben für die Zukunft. Bremen 2022; 192 Seiten; 157 Abbildungen; 14,80 Euro; ISBN: 978-3-949116-07-0

Für eine Welt ohne Waffen und Militär

Der World Peace Congress 2021 des International Peace Bureau in Barcelona

Von Jürgen Grässlin

Vom 15. bis 17. Oktober fand in Barcelona der zweite World Peace Congress des International Peace Bureau (IPB) statt, fünf Jahre nach der Auftaktveranstaltung in Berlin. Der IPB-Kongress war bestens besucht, diesmal mit 1000 anwesenden Teilnehmer*innen und 1500 virtuell zugeschalteten Friedensfreund*innen. Das diesmalige Motto „(Re)Imagine our World: Action for Peace and Justice“ war inspiriert von John Lennons Friedenshymne „Imagine“, die der britische Sänger und Songwriter exakt ein halbes Jahrhundert verfasst hatte.

Stephan Möhrle, Ruth Rohde, Chriss Sotow und ich waren als vierköpfige Delegation des in Freiburg ansässigen *RüstungsInformationsBüros (RIB e.V.)* für das *Global Net – Stop The Arms Trade (GN-STAT)* angereist. Vor Ort traf ich mich mit weiteren Aktivist*innen der DFG-VK, seitens des BundessprecherInnenkreises mit Jan Sander.

Barcelona als Tagungsort war bestens gewählt: Die Bürgermeisterin und der katalonische Regionalpräsident hielten flammende Reden für Frieden und Gerechtigkeit, die weit über bloße Lippenbekenntnisse hinausgingen. Mit Erfahrung und Engagement führten uns die IPB-Co-Präsidenten Lisa Clark und Philip Jennings (virtuell omnipräsent) sowie Reiner Braun, der vormalige IPB-Präsident und jetzige IPB-Generalsekretär, und der spanische Gastgeber Jordi Calvo Rufanges durch den Kongress.

Gelungen waren gleich zur Einführung die vielen Kurzreferate und Greetings, zeigten sie doch die thematische und organisatorische Breite des IPB mit seinen mehr als 300 Mitgliedsorganisationen auf. Über drei Tage hinweg wurde uns Zuhörer*in-

nen mit Nachdruck vermittelt, wie dringlich sofortiges Handeln für Frieden ist. Denn längst wirken die Probleme unserer Zeit existenziell bedrohend: die schier ungebremst vorschreitende Klimakatastrophe, die drohende Atomkatastrophe bei der Modernisierung der Waffensysteme der Atommächte, die mehr als 30 wütenden Kriege und Bürgerkriege, die drastisch gesteigerten Militär- und Rüstungsausgaben bei desaströser Wirkung der Rüstungsexporte, die vorschreitende Entdemokratisierung, die schweren Menschenrechtsverletzungen, die rückschreitende Pressefreiheit in so vielen Ländern, die stetig wachsende Zahl an Flüchtlingen u.v.a.m.

Den analytisch brisantesten Vortrag hielt m.E. Jeremy Corbyn von der britischen Labour Party, bei dem mir nochmals bewusst wurde, warum Corbyn in seinem Heimatland von den Tories und den Mainstreammedien bewusst diskreditiert und scharf attackiert wurde.

Trotz des immens dichten Programmes – zwischen Plenary, Video Greetings, musikalischen Performances und den immens vielen Panels – waren in den drei Tagen kaum Pausen eingeplant. Hier galt es für jeden von uns, Prioritäten zu setzen, und gezielt die sich dabei bietenden Gelegenheiten zur Informationsvermittlung und -beschaffung sowie zur Kontaktaufnahme zu nutzen. Einem kongresserfahrenen Friedensaktivisten fällt dies nicht schwer. Und doch bedauere ich im Nachhinein, nicht noch mehr Workshops besucht zu haben.

Drei Panels seien meinerseits bewusst hervorgehoben.

Ruth Rohde und Julia Auf dem Brinke gelang in ihrem Workshop „Tracking Corruption in the Arms Trade“,

die tiefgreifende Korruption beim weltweiten Waffenhandel aufzuzeigen. Basis dafür ist der von Andrew Feinstein bei aktiver Partizipation des RIB mit dem Global Net ins Leben gerufene Corruption Tracker.

Beim Workshop „Defund the Military. Defend People and the Planet“ hielt ich meinen gleichlautenden Vortrag. Wir sechs Referent*innen ergänzten uns inhaltlich bestens, diskutierten zukunftsgerichtet und vertieften unsere Kontakte. Auch beim Workshop „Why EU Arms Export Keeps Fueling War and Repression“ konnten die Zuhörer*innen auf den aktuellen Informationsstand zum europäischen Waffenhandel gebracht werden.

Bleibend auch das Erlebnis der Verleihung des Seán-MacBride-Peace-Prize an Aktivist*innen der Black-Lives-Matter-Bewegung. Mit ihnen hat sich in kleiner Runde am Abend ein weiterer wichtiger Kontakt ergeben.

Besonders gefreut haben mich zudem persönliche Begegnungen wie der gemeinsame Abend mit Malalai Joya, der vormaligen Parlamentarierin in Afghanistan, die heute als Geflüchtete nahe Barcelona lebt. Vermittelt wurde dieser Kontakt durch Heike Hänsel, bis zur Wahl Linke-Bundestagsabgeordnete, und Henning Zierrick von der „Kultur des Friedens“. Malalai Joya .

Hinterlässt dieser World Peace Congress einen bleibenden Eindruck? Als Teilnehmer und Referent antworte ich mit einem klaren Ja – bleibend und positiv.

Denn dieser globale Friedenskongress hat es dank seiner thematisch versierten und friedenspolitisch engagierten Redner*innen und Aktivist*innen geschafft, den Finger zielgenau in die Wunden weltweiter Problemlagen

zu legen, die Krisen im ersten Drittel des 21. Jahrhunderts kritisch zu analysieren, konkrete Handlungsansätze aufzuzeigen und Konfliktlösungen mit dem gebotenen Nachdruck einzufordern. Grundlage unserer kommenden Zusammenarbeit wird der „Action Plan 2021-2023“ darstellen, der für 2023 eine internationale Konferenz zum Verbot von Rüstungsexporten vorsieht.

Wollte man etwas kritisieren, so könnte man sicherlich eine größere Aktionsorientierung einfordern, sowohl seitens des Kongresses als auch in den Workshops – zu viele Vorträge, kaum gewaltfreie Aktionen, beispielsweise für die vielen Flüchtlinge am Straßenrand, selbst in den Seiteneingängen der Ramblas. Ich habe dieses Manko dennoch nicht als entscheidendes Defizit empfunden – dank des hohen inhaltlichen Niveaus der Panels und der Redebeiträge und dank der vielen neuen Kontakte in andere Länder und Kontinente, die es jetzt zu intensivieren gilt.

Erfreulicherweise konnte ich zahlreiche Kontakte knüpfen, die dem Aufbau des GN-Stat dienlich sein werden. Mein virtueller Vortrag Mitte November an der Universität Accra in Ghana zur weltweit katastrophalen Wirkung von Kleinwaffen ist ein Resultat eines IPB-Kontaktes. Viele weitere gilt es im



Die DFG-VK-Funktionäre Jürgen Grässlin und Jan Sander beim Kongress in Barcelona

Networking für die DFG-VK, für Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel und für das Global Net zu nutzen.

Schade, dass wieder fünf lange Jahre vergehen werden, ehe der dritte IPB-World-Congress, dann in Asi-

en, stattfinden wird. Bis dahin gibt es richtig viel zu tun, wollen wir eine Welt ohne Waffen und Militär schaffen.

Jürgen Grässlin ist Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis. <<

Welt oder Westen?

Fazit des Kongresses in Barcelona aus Sicht einer DFG-VK-Jugenddelegation Von einigen Aktiven aus der Antimilitaristischen Aktion Berlin (Amab)

Der World Peace Congress, den wir im Rahmen einer Jugenddelegation der DFG-VK und dank der Unterstützung des Alois-Stoff-Bildungswerks des DFG-VK-Landesverbands Nordrhein-Westfalen und vielen Sponser*innen besuchen durften, ist vorbei. Und wir sind zurück aus Barcelo-

na. Zeit, zu versuchen, ein Fazit zu ziehen. Oder mehrere.

Besser als befürchtet. Zuallererst: Der Kongress war nicht annähernd so schlimm wie befürchtet. Die von uns im Vorfeld beargwöhnte Veranstaltung mit russischen Putin-Lobbyist*innen hat nicht stattgefunden. ([https://bit.](https://bit.ly/3DwvBA8)

[ly/3DwvBA8](https://bit.ly/3DwvBA8)) Auch Oligarchen-Kidz, die ihren Präsidenten für den zweitgrößten Friedensstifter aller Zeiten halten, sind uns nicht häufiger begegnet als daheim an der Uni. Wie unsere Veranstaltungsberichte auf unserem Blog zeigen (<https://bit.ly/3rO30UT>), waren viele Workshops durchaus interessant und gehaltvoll. Besonders >>

» stach das Jugendforum mit offenem Format, erinnerungspolitischer Stadtführung, Storytelling-Workshop und Pizza heraus (detaillierter Bericht vom Jugendforum: <https://bit.ly/3ECzSn1>).

Diverser als Deutschland. Ob Alter, Geschlecht oder Hautfarbe: Das Publikum des Kongresses war deutlich diverser, als wir das aus der Friedensbewegung in Deutschland gewohnt sind. Das spiegelte sich auch im Veranstaltungsprogramm. Feminismus und Antirassismus wurden in Workshops und auch auf dem Hauptpodium häufig und selbstverständlich thematisiert. Davon kann die DFG-VK noch was lernen.

World oder Westen? Ob der Begriff „World Congress“ angemessen war, bezweifeln wir jedoch. Die meisten Menschen, die wir trafen, waren aus westlichen Ländern. Auch bei den Referent*innen hatten diese ein Übergewicht (wer es nicht glaubt, kann ja das schriftliche Programm auszählen). Und hauptamtliche Mitarbeitende des IPB haben wir vor allem aus Deutschland kennen gelernt (gibts welche in anderen Ländern?).

Wo waren die Aktivistis? Ein deutliches Problem in unseren Augen war das Fehlen von Aktivist*innen. Jetzt werden viele sagen: Wieso? War doch alles voll mit Peace-Activists... Nein, war es nicht. Das Ganze war ein Treffen von NGO-Angestellt*innen und Akademiker*innen, die mit Friedensforschung betraut sind. Das zeigt sich im Workshop-Programm, wo Aktivist*innen-Wissen kaum vertreten ist. Und dort, wo es hätte stattfinden können, wurde lieber auf NGO-Angestellte zurückgegriffen.

Fehlende Infrastruktur. Dies zeigt sich auch in der Infrastruktur. Denn die gab es nicht. Außer beim Jugendforum wurde wie selbstverständlich vorausgesetzt, dass man es mit Leuten zu tun hat, für die die Verpflegung in der teuren Innenstadt kein Problem ist. Ähnliches bei der Unterkunft. Für

ehrenamtliche Aktivistis, die ihr Klima-Mord-Flugticket für den Konferenz-Tourismus nicht von ihrer Arbeitgeber*in bezahlt bekommen, sind das sehr hohe Hürden. Erst recht, wenn es sich nicht um Mittelstands-Kidz wie uns, sondern um normale Leute aus dem Globalen Süden handelt.

Apropos Fliegen: Außer uns sind vermutlich echt fast alle zum Kongress geflogen. Was ja beachtlich ist, denn ständig quatschten da alle von Klimawandel, und dass der böse sei. Wenn man den Klimamord-Beitrag des Kongresses ansprach, entgegneten die in der Regel von NGOs oder Unis bezahlten Konferenz-Tourist*innen Sätze wie: „Oh, das ist ja schön, dass ihr die Zeit habt, mit dem Zug zu fahren. Wie wunderschön!“ Das ist ein Missverständnis: Wir haben die Zeit nicht, wir nehmen die Zeit von unseren sonstigen Zeitbudgets. Es ist schon ganz schön strange, dass ausgerechnet die Leute, die für Friedensarbeit bezahlt werden, keine Zeit haben, angemessen zu einem Weltfriedens-Kongress anzureisen.

Expert*innen langweilen. Die Fokussierung auf angebliche Expert*innen spiegelte sich leider auch in vielen Veranstaltungen wider. Statt Begegnung auf Augenhöhe zu ermöglichen, konnte man mittels Zoom Expert*innen dabei zuschauen, wie sie sich gegenseitig zuschwafeln. Besonders enttäuschend war das beim Workshop zu Online-Aktivismus in Corona-Times. Da dass ein neues Thema ist und die politische Arbeit aller betrifft, hätte es sich hier angeboten, die Erfahrungen der Anwesenden fruchtbar zu machen. Stattdessen gab es Zoom-Vorträge von NGO-Mitarbeitenden, deren NGOs es nicht mal hinkriegen, Server mit freier Software zu bezahlen (geschweige denn aufzubauen) und stattdessen trotz all ihrer Spendengelder auch im Jahr zwei der Pandemie ziemlich hilflos kommerzielle Datenkraken füttern.

Antisemitismus kein Thema? In unseren Augen besteht beim Interna-

tional Peace Bureau deutlicher Handlungsbedarf beim Thema Antisemitismus. Zwar haben wir nicht, wie von uns befürchtet, krasse Hassveranstaltungen erlebt. Neben der häufigen Thematisierung von Rassismus und Sexismus fällt aber auf, dass auf den ganzen Veranstaltungen des Kongress Antisemitismus einfach kein Thema war.

Zudem erlebten wir regelmäßig eine fehlende Sensibilisierung in Bezug auf Antisemitismus. In vielen Veranstaltungen trafen wir Klugscheißer*innen, die anmerken mussten, dass es bei all den Beispielen aus den USA, Deutschland, Frankreich usw. auch wichtig sei, noch mal zu erwähnen, dass ja auch Israel total böse ist. In der Regel widersprachen die Referent*innen den dabei auftretenden typischen Doppelstandards in Bezug auf Israel nicht. Im besten Fall moderierten die Verantwortlichen verlegen ab, meistens ließen sie in Bezug auf Antisemitismus problematische Statements einfach im Raum stehen.

Einen besonders krassen Fall mangelnder Sensibilität bezüglich Antisemitismus und Israelhass erlebte ein Amab-Mitglied im Workshop „Nonviolent Journalism“. Die referierende Person war sich nicht zu blöd, erst einfach so nebenbei völlig ohne Bezug zum Thema rauszuhauen, dass Jeremy Corbyn kein Antisemit sei, sondern dass es sich um eine Kampagne unbekannter mächtiger Kreise handle, was erstens Quatsch und zweitens klassisches Verschwörungsdenken ist. Nach einer Kritik gab die Person zu, sich überhaupt nicht mit den Vorfällen auseinandergesetzt zu haben und trotzdem große Sprüche zu kloppen. Auch bei den anschließenden Täter-Opfer-Umkehr-Sprüchen aus dem Publikum („Antisemitismuskritiker*innen sind die wahren Antisemit*innen“) widersprach die den Workshop leitende Person nicht (De-tailierter Bericht zum Workshop „Nonviolent Journalism“: <https://bit.ly/3ECzc0Q>).

Unser neues „Reiner-Bild“. Vom Stopp-Ramstein-Papst und IBP-Ge-

schäftsführer Reiner Braun konnten wir in Barcelona ein neues Bild gewinnen. Im Vorfeld der Reise hatten wir uns intensiv mit seinem Wirken bei „Stopp Ramstein“ auseinandergesetzt und eine lange Kritik daran entwickelt, warum seine rechtsoffenen Posersprüche und seine Einladungen zur solidarischen Debatte mit Holocaust-Relativierer*innen krass uncool sind. (<https://bit.ly/3096uWp>)

In Barcelona trafen wir einen völlig anderen Reiner. Statt sich Nazis, Faschisten und Coronaleugnern an die Brust zu werfen, redete Reiner ständig von Klima und wie wichtig das ist. Auch adressierte er ständig Antirassismus und Feminismus. Nicht nur das: In einem Workshop pöbelte ein alter weißer Mann rum, dass sich die jungen Leute nur noch für „race and gender“ interessieren würde, aber nicht mehr für „class“. Dabei vergriff er sich leider im Ton, und ausgerechnet Reiner sah sich genötigt, den Herrn zu ermahnen. Bei uns ging da die Frage an, was wohl seine rechtsoffenen Stopp-Ramstein-Kumpelz von so einer Performance halten würden. Wir sehen in Reiner seit Barcelona keinen rechten Populisten mehr, sondern eher einen Opportunisten, der sich einfach allen an den Hals schmeißt, die nicht schnell genug in Deckung gehen.

Black Lives Matters. Eine deutliche Portion Opportunismus steckt in unseren Augen auch in der Preisverleihung an Black Lives Matters. Bitte

nicht missverstehen: Das Aufbegehren gegen rassistische Polizeigewalt ist definitiv preiswürdig. Wir vermischen jedoch beim IPB z.B. eine Positionierung zu Dessau oder den vielen anderen vergleichbaren Fällen (wer jetzt nicht weiß, was gemeint ist, hat Nachholbedarf und sollte Dessau + Polizeigewalt googlen). Warum vergeben die Leute einen Preis für das Wirken gegen rassistische Polizeigewalt irgendwo weit weg, wenn sie sich noch nie mit rassistischer Polizeigewalt vor ihrer Haustür auseinandergesetzt haben?

Beim Jugendforum war diese beim Thema Polizeigewalt zutage tretende kulturelle Kluft zwischen erfolgreichen Akademiker*innen und Aktivist*innen spürbar. Auf der in diesem Rahmen stattfindenden Stadtführung machten die jungen Leute aus Barcelona vor einem Polizeirevier halt und wollten über die dort stattgefundenen Polizeigewalt und Folter berichten. Aufgrund der großen Gruppe wurden die Wachposten vor dem Gebäude recht schnell aufmerksam, was die Kidz aus Barcelona berechtigterweise verunsicherte. Die anwesenden Young Peace Leaders waren hingegen eher davon verunsichert, dass sie sich mit einer Weltsicht auseinandersetzen mussten, in der Cops keine Freunde und Helfer sind.

Fazit. Hat sich der Kongress gelohnt? Für uns auf jeden Fall. Wir haben viel erlebt und viel gesehen und viele spannende Leute aus anderen Län-

dern getroffen, siehe die detaillierten Veranstaltungsberichte auf unserem Blog. Außerdem zeigt der Kongress, dass Bewegungen diverser werden, wenn man im Veranstaltungsprogramm ernsthaft versucht, Diversität abzubilden.

Ob der Kongress reale Effekte auf den World Peace hat? Für unsere Arbeit leider eher weniger, da die Bewegungs-Straßenkötter*innen aus anderen Ländern fehlten. Hoffentlich hat der Kongress wenigstens positive Auswirkungen auf die Karrierewege der anwesenden Hauptamtlichen aus NGOs und Wissenschaft.

*Autor*inneninformationen: Die Antimilitaristische Aktion Berlin (amab) wurde 2018 von jungen Antimilitarist*innen aus Berlin gegründet. Die Gruppe engagiert sich im U35-Netzwerk der DFG-VK und im Landesverband Berlin/Brandenburg. Wir veröffentlichen Texte als Kollektiv, weil wir eine ordentliche Portion Google-Phobie miteinander teilen. Wir haben außerdem keinen Bock, dass einzelne Mitglieder, wie schon geschehen, wegen ihrer Äußerungen im Visier von Polizei oder Geheimdiensten landen. Denn so besonders viel Solidarität bekommt man unserer Erfahrung nach in so einem Fall nicht aus der in weiten Teilen recht bürgerlichen Friedensbewegung. Deswegen gibt es von uns fast nur kollektive Publikationen unterschrieben mit „Einige Aktive aus der amab“. Bitte habt Verständnis dafür.*

«

Von einem Vorurteil zum nächsten

Ergänzende Bemerkungen zu dem IPB-Kongress in Barcelona

Von Guido Grünewald

Vielen Dank an die Amab-Aktivist:innen für ihren Bericht vom Weltfriedenskongress des International Peace Bureau (IPB). Ich konnte diesmal nur digital teilnehmen und freue mich, dass

eine Gruppe junger Menschen aus dem Kontext der DFG-VK vor Ort war. Zum ihrem Bericht möchte ich aus meiner Sicht als langjähriger Vertreter der DFG-VK beim IPB einige Anmerkungen machen.

Zu Recht monieren die Verfasser:innen die klimaschädliche Anreise der meisten Teilnehmer:innen vor allem aus Europa. Auch wenn für manche sicher eine Bahnreise aus diversen Gründen nicht möglich war »

» und (längere) internationale Bahnreisen angesichts mangelhafter Zusammenarbeit der nationalen Bahngesellschaften oft schwierig und anstrengend sind (eigene Erfahrung), vor allem wenn keine Zwischenstation wie von der Gruppe in Paris eingeplant ist, die wiederum das Privileg von Zeitverfügbarkeit erfordert: International engagierte Aktive glauben offenbar häufig, ohne sie ginge es nicht und sie müssten bei möglichst vielen Treffen anwesend sein. Dass ihre Reisen Teil des Problems sein können, kommt (zu) vielen nicht in den Sinn.

Zum Begriff Weltkongress: Die Dominanz von Teilnehmer:innen aus westlichen Ländern ist unbestreitbar. Einerseits hatte das IPB sein Zentrum historisch und auch heute noch in Europa, andererseits gibt es nur in wenigen Ländern des globalen Südens Friedensorganisationen mit einem nennenswerten Budget. Für mehr Teil-

Gendern in der *ZivilCourage*

Mitte des Jahres kam eine Austrittserklärung mit dieser Begründung in der Bundesgeschäftsstelle an:

Die mittlerweile vollständig gegenderten Texte und Veröffentlichungen des Verbandes sind für mich nicht lesbar, so kann ich mir kein Bild des Verbandes mehr machen. Ich weiß aber, daß ich das Gendern und die dahinterstehende Ideologie ablehne und diese nicht zu einer friedlicheren Welt beiträgt.

Die Praxis in der *ZivilCourage* ist seit Jahren, dass es den AutorInnen überlassen wird, ob und wie sie gendern. Im Merkblatt, das alle erhalten, die einen Text veröffentlichen wollen, heißt es:

*Die AutorInnen sollten sich um eine geschlechtergerechte Sprache bemühen und zur „Sichtbarmachung“ vor allem das Binnen-I (LeserIn, AktivistInnen) oder das Gender-Sternchen (Leser*in, Aktivist*innen) verwenden.*

nehmer:innen aus diesen Staaten hätten die Finanzsponsoren des Kongresses deutlich höhere Reisekostenzuschüsse zur Verfügung stellen müssen. Das IPB selbst hat nur einen schmalen Etat und wenige bezahlte Mitarbeiter:innen: eine in Genf, in Barcelona und in Berlin (dort sind nicht nur Deutsche tätig). Vor allem Reiner Braun (6 Jahre Präsident in einer Doppelspitze, seitdem Generalsekretär) bemüht sich, regionale Netzwerke in Asien und Afrika zu initiieren, meiner Beobachtung nach durchaus mit Erfolg.

Dass in Barcelona kein Graswurzelkongress stattfinden würde, war auf Grundlage der Größe und des Programms vorhersehbar. Dafür stehen auch die Finanzsponsoren (Katalonische Behörden, Transform Europe, Brüsseler Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie die beiden internationalen Gewerkschaften ITUC und UNI Global Union), die vorrangig auf Gremienarbeit orientieren. Im IPB ist (auch historisch) jener Flügel der Friedensbewegung stark repräsentiert, der eine Welt ohne Krieg durch Abrüstungsvereinbarungen und den Ausbau des Völkerrechts erreichen will. Dazu zählen u.a. seit Langem der Einsatz für die vollständige Vernichtung der Atomwaffen wie auch Lobbyarbeit im Rahmen der Vereinten Nationen oder Mitarbeit an alternativen Konzepten von Sicherheitspolitik wie aktuell einer Wiederbelebung des im Palme-Report von 1982 propagierten Konzepts gemeinsamer Sicherheit (Details siehe <https://commonsecurity.org>). In Barcelona waren im Übrigen auch Basisaktivist:innen anwesend, u.a. zwei Aktivistinnen des Europäischen Büros für Kriegsdienstverweigerung (Ebco).

Welche Impulse von einem solchen Kongress ausgehen und ob es zu fruchtbaren Vernetzungen kommt, hängt letztlich von den Teilnehmer:innen ab. Im aktuellen „FriedensForum“ (06/2021, S. 43) hat Reiner Braun in einer Vorstellung des Friedensbüros zu treffend geschrieben: „IPB lebt von der Selbstorganisation seiner Mitglieder, sich eigenständig einzubringen.“

Das IPB verfügt nicht über die Ressourcen, um zu Dessau und vergleichbaren Fällen Stellung zu beziehen. Das ist Aufgabe der nationalen (in diesem Fall der deutschen) Mitgliedsorganisationen; das Büro mit seinen wenigen Mitarbeiter:innen ist mit der internationalen Koordinierungsarbeit voll ausgelastet. Der in Barcelona verabschiedete Aktionsplan (<https://trello.com/c/YN4gufhy/165-action-plan-ipb-brochurepdf>) ist sehr ambitioniert; das IPB muss meiner Ansicht nach achtgeben, sich nicht zu übernehmen.

Gut finde ich, dass die Amab-Aktiven in Barcelona sensibel mit dem Thema Antisemitismus umgegangen sind. Eine direkte Intervention wie am Beispiel des Workshops beschrieben ist bisweilen notwendig. Friedensbewegte sind keine besseren Menschen und tragen wie andere Menschen (oft unbewusst) Feindbilder und Vorurteile mit sich herum. Die Situation auf dem Kongress kann ich mangels persönlicher Anwesenheit nicht beurteilen; in den Gremien des IPB habe ich in den langen Jahren meiner Mitarbeit keinen Israelhass und keinen Antisemitismus angetroffen.

Schade finde ich, dass die Verfasser:innen bei ihrem neuen Bild von Reiner Braun nur von einem Vorurteil zum nächsten gewechselt sind. Können sie sich tatsächlich nicht vorstellen, dass Menschen komplex und widersprüchlich sein können? Ich stimme mit Reiner Braun keineswegs immer überein und habe bei Rattreffen auch Kontroversen mit ihm ausgetragen, aber er hat nicht nur in Barcelona von Antirassismus und Feminismus geredet, sondern ist seit Jahren dabei, das IPB für diese Aspekte zu sensibilisieren und zu öffnen. Meiner Kenntnis nach leben sowohl die Autor:innen wie auch Reiner Braun in Berlin: Wäre da nicht ein offenes, auch kontrovers geführtes persönliches Gespräch sinnvoll?

Guido Grünewald ist internationaler Sprecher der DFG-VK. ◀◀

Politik geht anders!

Kritische Bemerkungen zu „Sicherheit neu denken“

Von Wolfram Scheffbuch

Das Szenario „Sicherheit neu denken“ zeigt auf, wie Deutschland bis zum Jahr 2040 die militärische Ausrüstung überwinden könnte. Erarbeitet wurde es im Auftrag der Evangelischen Landeskirche in Baden von einer Arbeitsgruppe mit Vertretern bundesweiter Friedensorganisationen. Auch die DFG-VK ist Kooperationspartner. „Sicherheit neu denken“ wird von einigen Akteuren in unserem Verband sehr wohlwollend aufgenommen und wird etwa im Landesverband Baden-Württemberg als ein neuer Arbeitsschwerpunkt gesehen.

Ich denke hingegen, unsere Aufgabe als Pazifisten ist eine andere. Wir müssen die sofortige Abschaffung der Bundeswehr fordern, wir müssen den sofortigen Stopp der Rüstungsproduktion fordern. Das ist unsere Aufgabe im politischen Spektrum. Genau so wie die Nato und die Waffenindustrie den weiteren Ausbau des Militärs fordern. Jeder hat seine Rolle im politischen Diskurs. Wenn wir die Rolle der radikalen Pazifisten nicht ausfüllen, wer macht es dann? Ein Szenario wie „Sicherheit neu denken“ kann am Ende eines politischen Prozesses stehen, wenn verschiedene gesellschaftliche und politische Kräfte einen Kompromiss ausgehandelt haben. Wenn aber die radikalste Seite – nämlich die Pazifisten – schon mit einem so weichgespülten Vorschlag ins Rennen gehen, dann kommt im politischen Prozess hinterher garantiert keine Abschaffung des Militärs heraus.

Politik geht anders. „Sicherheit neu denken“ geht davon aus, dass 2025 ein Bundestagsbeschluss gefasst wird, der bis 2040 Bestand hat. So läuft aber Politik nicht. Die Akteure wechseln im Lauf der Jahre, Interessen verschieben sich, Bündnisse

zerfallen und werden neu geschlossen, Bedrohungslagen werden neu definiert. Wer hat 1980 gedacht, dass 1995 der Bürgerkrieg in Jugoslawien tobt? Wer hat im Jahr 2006 damit gerechnet, dass 2021 Großbritannien nicht mehr Mitglied der EU ist?

Wenn das Szenario für das Jahr 2040 postuliert: „Mit 4 Milliarden Euro jährlich ist Deutschland der größte Beitragszahler des UN-Welternährungsprogramms“, dann ist das naiv. Die Summe suggeriert eine Exaktheit, die es gar nicht geben kann. Was wissen wir heute, wie viel ein Euro im Jahr 2040 wert ist? Wird es den Euro überhaupt noch geben?

Wenn ein politisches Thema kontrovers ist und wirtschaftliche Interessen mit dem Wohlergehen der Bevölkerung kollidieren, dann wird gern eine Änderung der Verhältnisse in weiter Zukunft beschlossen. Das war schon bei dem rot-grünen Atomausstieg im Jahr 2001 so, das ist jetzt beim Kohleausstieg und dem Aus für den Verbrennungsmotor zu beobachten. Man bekommt eine breite Zustimmung. Die Gutmenschen bekommen ihre lange geforderten Ziele in Gesetzesform gegossen, die Profiteure des Status Quo hingegen können erst einmal weiterverdienen. Und wenn die Profiteure tatsächlich in Gefahr kommen, dann ist so ein Beschluss aus der Vergangenheit schnell wieder abgeräumt.

Tatsächlich besteht aber akuter Handlungsbedarf. Auf unser Thema bezogen: Wir brauchen jetzt Fachkräfte statt Soldaten, wir brauchen jetzt Geld für Katastrophenhilfe statt für Rüstung, wir müssen jetzt Atomwaffen abschaffen, statt Raketen in Bereitschaft zu halten. Wir können doch nicht – wie in „Sicherheit neu denken“ festgelegt – der Bundeswehr eine Bestandsgarantie bis 2040 geben oder im Haushalt 2030 eine Summe von



40 Milliarden Euro für die Bundeswehr bereitstellen. Das steht zwar im Szenario, aber das kann ich als Pazifist niemals gutheißen.

Vielmehr ist unsere Aufgabe als DFG-VK, radikal gegen Krieg und Rüstung die Stimme zu erheben. Sofortige Abschaffung aller Armeen und Einstellung der Rüstungsproduktion. Punkt.

Mit einer klaren Linie können wir auch mehr Menschen gewinnen, bei uns mitzumachen, als mit einem akademischen Projekt wie „Sicherheit neu denken“. Und mit einem eindeutig pazifistischen Profil werden wir auch weiterhin Bündnispartner gewinnen. Vielleicht nicht ganze Landeskirchen, aber durchaus auch Aktive aus dem christlichen Spektrum. Oder Gewerkschaften wie die GEW. Bestes Beispiel hierfür ist die Kampagne „Unter 18 nie“. Hier kooperieren wir mit anderen nichtpazifistischen Akteuren, ohne unsere Grundsatzerklärung aufzugeben. Schließlich sagen wir ja nicht, dass wir den Militärdienst für über 18-jährige befürworten.

Wir haben also genug zu tun. Auch die neue Regierung wird Rüstungsprojekte und Militäreinsätze beschließen. Dagegen müssen wir protestieren, genauso wie gegen Bundeswehrwerbung, für einen Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag und viele anderen Dinge mehr...

Unsere Vision muss sein: Militär jetzt abschaffen. Nicht auf das Jahr 2040 warten.

Wolfram Scheffbuch ist aktiv in der DFG-VK-Gruppe Ludwigsburg. <<

Mehr im Hintergrund, aber solide und gut

European Bureau for Conscientious Objection (Ebco) – Europäisches Büro für KDV

Von Guido Grünewald

„Was macht eigentlich das *Ebco*?“, fragte unser politischer Geschäftsführer, Michi Schulze von Glaßer, vor einigen Wochen in einem Telefongespräch. Eine kurze Antwort könnte lauten: *Ebco* leistet mit geringen Ressourcen eine gute, solide Arbeit.

Juristisch eine Körperschaft nach belgischem Recht mit Sitz in Brüssel, was die Erfüllung komplizierter Regularien erfordert, ist *Ebco* in der Praxis ein Netzwerk von 30 bis 40 Individuen, die größtenteils Mitglied in pazifistischen Organisationen sind und diese teilweise offiziell repräsentieren. *Ebco* hat kein festes Büro, sondern nur eine Postadresse im Brüsseler Maison de la Paix und keine bezahlten Mitarbeiter:innen; die gesamte Arbeit erfolgt ehrenamtlich mit einem lächerlich geringen Jahresetat von knapp 4000 Euro.

Jeweils im Frühjahr und Herbst treffen wir persönlich zusammen, ansonsten kommunizieren wir per E-Mail.

Nach mehrmaligen coronabedingt digitalen Zusammenkünften konnten wir Anfang Oktober erstmals wieder ein Präsenztreffen in Brüssel abhalten, bei dem allerdings nur ein kleiner Teilnehmer:innenkreis anwesend war; andere Aktive waren digital zugeschaltet. Wir haben unser Zusammentreffen zu einer Unterstützungsaktion für Ruslan Kozaba vor der Mission der Ukraine bei der Europäischen Union genutzt.

Während *Ebco*-Mitgliedsorganisationen häufiger auf der Straße aktiv werden, erfolgt die Arbeit des Büros selbst hauptsächlich im Hintergrund: Recherche und Erstellung des jährlichen Berichts zur Lage der Kriegsdienstverweigerung (KDV) in Europa; Erklärungen zur Unterstützung einzelner Kriegsdienstverweigerer (KDV-er) oder von KDV-Organisationen sowie Unterstützung von Asylanträgen; Lobbyarbeit im Europäischen Jugendforum, in dem *Ebco* Mitglied ist, im EU-Parlament, beim Europarat und den Menschenrechtsinstitutionen der Vereinten Nationen.

Dies erfolgt häufig in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Versöhnungsbund (IFOR), der War Resisters' International (WRI) und dem Quaker-Büro bei den Vereinten Nationen (QUNO), die alle Mitgliedsorganisationen des *Ebco* sind; auch mit Amnesty International und Connection e.V. ist die Zusammenar-

beit gut. Seit Kurzem hat *Ebco* außerdem die Befugnis, unter Bezug auf die Europäische Sozialcharta eine Kollektivklage beim Europäischen Ausschuss für Sozialrechte einzureichen. Dies kann eventuell in Bezug auf die Ausgestaltung des Zivildienstes in einzelnen Staaten relevant werden.

Hier einige *Ebco*-Aktivitäten des laufenden Jahres: internationale Solidaritätserklärung zugunsten israelischer KDV-er; diverse Statements und Aktionen zur Unterstützung Ruslan Kozabas; Veröffentlichung des Berichts Conscientious Objection to Military Service in Europe 2020 (<https://bit.ly/3CUaVCD>); Eingabe beim UN-Menschenrechtsrat gemeinsam mit der Vereinigung griechischer KDV-er anlässlich des Universal Periodic Review zu Griechenland; Erklärung, dass Finnland den Empfehlungen des UN-Menschenrechtsausschusses folgen sollte; Erklärung zur Unterstützung türkischer KDV-er am 15. Mai, dem internationalen Tag der KDV; gemeinsame NGO-Erklärung zugunsten des griechischen Verweigerers Charis Vasileou; Erklärung zum Internationalen Friedenstag (21. September), in der auf die Bedeutung der KDV hingewiesen wird.

Im Zentrum der Diskussionen standen im laufenden Jahr die schwierige Situation der KDV-er in Griechenland, der Türkei und in der Ukraine. Die ersten beiden Staaten sind leider „Dauerbrenner“, in denen sich nur kleine (Griechenland) oder gar keine Fortschritte abzeichnen. Der Verein für KDV (Vicdani Ret Derneği) in Istanbul hat eine ausführliche Darstellung der



Solidarität mit dem ukrainischen KDV-er Ruslan Kotsaba

schlimmen Lage der KDVer in der Türkei in englischer Sprache veröffentlicht, auch mit einigen Fallbeispielen. Die zusammenfassende Einleitung mit konkreten Empfehlungen an die türkischen Behörden und internationale Menschenrechtsgruppen hat Rudi Friedrich von Connection e.V. dankenswerter Weise ins Deutsche übersetzt (<https://bit.ly/3kaJbSK>; Gesamtstudie in Englisch unter <https://bit.ly/3nZfsxr>).

In der Ukraine wurde kürzlich neun protestantischen KDVer die Anerkennung verweigert; im Juli wurde ein Gesetz verabschiedet, das einen patriotischen Unterricht für alle Schüler:innen (Alter: 6-18) sowie eine vormilitärische Ausbildung in den beiden letzten Schuljahren (Alter: 16-18) obligatorisch vorschreibt.

Sorgen bereitet auch die Entwicklung in beiden Teilen Zyperns, wo die vor einigen Jahren begonnene Initiative für ein KDV-Gesetz folgenlos verpufft ist und durch die Verknüpfung der Datenbanken von Polizei und Militär nun alle, die ihrer Pflicht zu Reser-

veübungen nicht nachgekommen sind, leichter identifiziert und festgehalten werden können.

Während in der Schweiz ein Frontalangriff auf den Zivildienst abgewehrt wurde, beendete Finnland die den Zeugen Jehovas bisher zugestandene Befreiung von Militär- und Alternativdienst. Der Alternativdienst weist nach wie vor eine unverhältnismäßige Dauer auf, und es gibt Bestrebungen, ihn in ein Gesamtverteidigungskonzept unter dem Label „umfassende Sicherheit“ zu integrieren.

Kompliziert ist auch die Lage in Russland. Die Organisation „Soldatenmütter“ in St. Petersburg hat die Abteilung, die Informationen über Menschenrechtsverletzungen in der Armee sammelte, geschlossen. Ursache ist eine Liste von 60 Themen,

die der Föderale Sicherheitsdienst, der größte inländische Geheimdienst, Ende September veröffentlicht hat. Jede Person und jede Organisation, die diese Themenfelder öffentlich berührt, kann als „ausländischer Agent“ eingestuft werden, was u.a. dazu führt, dass dieses Label auf allen Publikationen erscheinen muss. „Die Zeiten sind in der Tat hart in Russland“, schrieb unsere russische Kontaktperson. Eine internationale Solidaritätserklärung sei nicht hilfreich, im Gegenteil, sie bestätige den russischen Behörden, dass es sich tatsächlich um ausländische Agenten handle. „Das muss von der russischen Bevölkerung beendet werden, und ich hoffe, das geschieht noch zu meinen Lebzeiten.“

Unter der agilen Präsidentin Alexia Tsouni von der Vereinigung griechischer KDVer und von Amnesty International, die seit einem Jahr Friedhelm Schneider abgelöst hat, wendet sich *Ebco* auf diversen Kanälen stärker an die Außenwelt.

Beispiele sind diverse politische Erklärungen u.a. zum Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrags, ein Video mit persönlichen Botschaften (<https://bit.ly/3o9zPlu>) und die aktive Teilnahme am Weltkongress des Internationalen Friedensbüros (<https://bit.ly/3qaFobY>).

Im Hinblick auf eine Erklärung zum Nakba-Tag, die Alexia Tsouni verfasst hatte und die am 15. Mai ohne vorherige Konsultation veröffentlicht wurde, haben Friedhelm Schneider, die Vertreterin der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweige-



Protestaktion vor der EU-Vertretung der Ukraine in Brüssel

rung und Frieden (EAK) und ich für die DFG-VK Protest eingelegt. Wir haben bemängelt, dass die Erklärung in einer Situation einer aktuellen militärischen Auseinandersetzung keinen Aufruf zur sofortigen Beendigung jeglicher Gewaltanwendung seitens aller Seiten enthielt, einseitig als Unterstützung der Palästinenser (keine Unterscheidung zwischen Zivilbevölkerung, den Regierungen in Palästina und bewaffneten Brigaden) verstanden werden konnte und nicht auf die Perspektive hinwies, dass der Konflikt nur mit diplomatischen und gewaltfreien Mitteln und dem Ende der Besatzung gelöst werden kann. Nach einer langen Diskussion wurde im Digitaltreffen Anfang Juni entschieden, Statements künftig erst nach vorheriger Konsultation in der E-Mail-Gruppe zu verabschieden. Die bereits veröffentlichte Erklärung zum Nakba-Tag wurde auf der Webseite durch eine in unserem Sinne überarbeitete Version ersetzt.

Guido Grünewald ist internationaler Sprecher der DFG-VK, deren Vertreter bei Ebco und dort im Vorstand. <<

Global betrachtet

Weniger friedlich als es scheint ... – ein Blick zurück auf das Jahr 2021

Von David Scheuing

Trotz einer Atempause in der Corona-Pandemie hat sich der Sommer pazifistisch und antimilitaristisch relativ aktionsarm – auch international – gestaltet. Dafür gibt es sicherlich mehrere Gründe, nicht zuletzt auch wieder zunehmend repressive Methoden von vielen Regierungen gegenüber sozialen Bewegungen. Es bleibt daher hier Zeit für einen Blick zurück und einen Blick auf Diskussionen, die weniger prominent geführt wurden.

Die Bedeutung zivilen Widerstands. Im Frühjahr putschte das Militär in Myanmar erneut – und traf auf heftigen und organisierten zivilen, gewaltfreien Widerstand der Bevölkerung (siehe *ZivilCourage* 2/21). Die zehn Jahre einer relativen Offenheit hatten Zeit zur Vernetzung, Organisation und dem Aufbau eines kreativen Protestrepertoires gegeben. Die Generalstreiks des Civil Disobedience Movement (CDM) hatten sich explizit zum Ziel gesetzt, das Militär von seinen Einnahmequellen abzuschneiden und dabei so wenig zivile Folgen wie möglich zu erzeugen – und all das mit einem zugrundeliegenden gewaltfreien Aktionskonsens.

Die Boykott-Maßnahmen gegen die Banken des Militärs und andere Aktionen hatten zunächst erstaunlich viel Wirkung. Doch mit dem Ende der kurzen Aufmerksamkeit der globalen Medien und der politischen Öfentlichkeit für die Vorgänge in Myanmar endete auch die Hochzeit des Widerstands. In fast allen gesellschaftlichen Gruppen und Schichten zogen die immer ähnlichen Dilemmata ein: doch mit dem Regime zu kooperieren, um zumindest manche zivilen Freiheiten wieder zu erlangen, die Opposition zu unterstützen mit der Hoffnung auf – auch international unterstützte

– Transition oder einen dritten Weg zu gehen.

Eine lesenswerte Analyse über die Situation der Mon People findet sich beim Transnational Institute: <https://bit.ly/3CyUyu8>. Insgesamt sind zu Myanmar die Ressourcen des TNI sehr lesenswert, aber auch diese kürzlich erschienene Studie zur Bedeutung des zivilen Widerstands während und nach dem Coup auf new mandala (in Zusammenarbeit mit der Australian National University von einem ungenannten Autor erstellt): <https://bit.ly/3x0b6Kp>

Auch in anderen Kontexten haben sich in den vergangenen zwei Jahren die Notwendigkeit und die Erfolge gewaltfreien Widerstands unter Beweis gestellt – und immer wieder hat sich die Herausforderung der Unterdrückung gestellt (ermöglicht auch durch schwindende internationale Aufmerksamkeit). Das gilt sicherlich für Belarus, aber auch für Westpapua, Kolumbien oder den Sudan. Damit wir uns immer wieder in Erinnerung rufen, was erreicht werden kann, seien hier die Ressourcen des Programms für Gewaltfreiheit der WRI in Erinnerung gerufen: Unter nonviolence.wri-irg.org stehen viele lesenswerte Analysen zu gewaltfreiem Widerstand und seinen Herausforderungen. Zwei möchte ich konkret hervorheben.

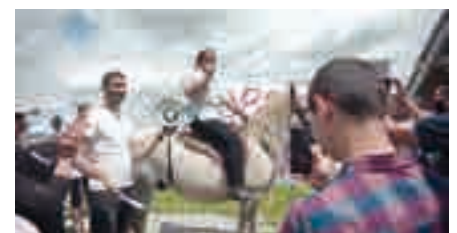
In „Wandel im Sudan: Wie ein Sitzstreik ein Regime herausforderte“ reflektiert ein*e Aktivist*in über die Erfolge der ersten Widerstandsbewegung 2019 – die jetzt nach dem erneuten Coup des Militärs im Oktober wieder präsent nach vorne geholt werden sollten. Seine*ihre Kernerkenntnisse: Im Zusammenspiel der Akteure, die eine gemeinsame Vision für andere Verhältnisse teilen, die kollaborativ zusammen gewaltfreien Widerstand wa-

gen, kann ein Regime in die Knie gehen. Wichtig jedoch: Jede Bewegung hat ihre eigene Ausformung gewaltfreier Aktionen, es braucht den globalen Austausch und das Lernen voneinander über Methoden und Erfolge der Gewaltfreiheit, und doch muss jede Bewegung dann ihre je eigenen Wege gehen dürfen. Immer noch lesenswert: <https://bit.ly/3coOUJl>

Der zweite Beitrag dreht sich um den Widerstand von Montenegriener*innen gegen die Etablierung einer Militärbasis im Hochland von Sinjajevina – ein Widerstand, von dem viele noch nicht gehört haben werden, der aber für die Möglichkeiten zivilen Widerstands gegen militärische Einrichtungen so wichtig ist wie der Kampf der Bürger*innen in Larzac (Frankreich) oder der Freien Heide in Deutschland.

Nach dem Nato-Beitritt Montenegros 2017 wurde in Windeseile binnen zwei Jahren die Etablierung einer riesigen Übungsfläche für Nato-Kräfte ohne parlamentarische Beratungen durchgedrückt. Eine schnelle und effektive Vernetzung der Viehhirt*innen auf dem Hochland mit eher urbanen Aktivist*innen half dabei, eine Kampagnengruppe zusammenzustellen, die sich für die Schaffung eines Naturreservates und gegen die Etablierung des Nato-Übungszentrums aussprach.

Den größten Erfolg feierte die Kampagne im Oktober 2020, als sie geplante Übungen der Nato auf dem Hochplateau abwenden konnte durch ihre physische Präsenz und die Hil-



fe von abertausenden Bürger*innen, die gar nicht einsahen, dass trotz der Abwahl der Regierung und einer gewählten Regierung, die sich für den Erhalt der Sinjajevina ausgesprochen hatte, diese Nato-Übungen abgehalten werden sollten. Doch auch 2021 ging der Kampf für ein freies Sinjajevina weiter – denn noch immer gibt es kein Schutzgebiet. Hier nachzulesen: <https://bit.ly/3HCrA06>. Die Kampagne findet sich hier: <https://bit.ly/3kPzEks>

Kurz notiert:



EU: Die militarisierte Union. Eine neue Publikation des europäischen Netzwerks gegen Rüstungsexporte (ENAAT) zur Aufrüstung und der Verfestigung des Rüstungskomplex der Europäischen Union versucht, den Mangel an guten Publikationen zu schließen, die diese Umstände übersichtlich und verständlich auch für die Bildungsarbeit aufbereiten. Hier: <https://bit.ly/3qRa8PC>

Nagorno-Karabach: EGMR erkennt Rechte eines Kriegsdienstverweigerers an. Im Falle eines Zeugen Jehovas aus Armenien hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) anerkannt, dass die Verurteilung und Verknastung gegen Artikel 9 der europäischen Menschenrechtscharta verstieß. Der Fall geht schon einige Jahre zurück, ist aber aufgrund der Relevanz für das Gebiet von Nagorno-Karabach interessant. Dem Kläger wurde trotz seines armenischen Passes das Recht auf einen alternativen Dienst verweigert, weil er

angeblich Bürger der unabhängigen Teilrepublik Nagorno-Karabach gewesen sei, die Kriegsdienstverweigerung nicht anerkenne. Der Gerichtshof widersprach dieser Argumentation aufgrund der offenkundigen Passfrage, ging aber erneut über diese Feststellung hinaus: Armenien habe aufgrund seiner effektiven Kontrolle über Nagorno-Karabach über den Einzelfall hinaus die Grundfreiheiten der Menschenrechtscharta auch dort sicherzustellen. Zwar ist das im Lichte früherer Entscheidungen des Gerichtshofes nicht überraschend, aber für zukünftige Kriegsdienstverweigerer aus der Region von materieller Bedeutung. (wri-irg.org)

Kolumbien: Kriegsdienstverweigerung für alle ethnischen Gruppen. Der Verfassungsgerichtshof Kolumbiens muss sich aktuell mit einer Klage beschäftigen, die die bisherigen Regeln für die Freistellung vom Militärdienst auf alle ethnischen Gruppen des Staates ausgedehnt sehen will. Derzeit gilt diese Regelung nur für indigene Gruppen Kolumbiens. Auch die Ersatzzahlung, mit der man sich aus dem Militärdienst freikaufen kann, wird durch das Verfahren infrage gestellt. Auch der nationale Ombudsman unterstützt die Klage. (wri-irg.org)

David Scheuing ist Vertreter der DFG-VK bei der War Resisters' International (WRI), dem internationalen Dachverband der DFG-VK mit Sektionen in weltweit 45 Ländern. An dieser Stelle berichtet er regelmäßig aus der WRI, um den *Civil Courage*-LeserInnen das globale Engagement von KriegsgegnerInnen sichtbar zu machen. Das sind keine tieferen Analysen, sondern kleine kursorische Überblicke und Nachrichten; es geht dabei nicht um Vollständigkeit, vielmehr um Illustration. Ideen und Vorschläge für kommende Ausgaben sind erwünscht. Der Autor ist erreichbar unter scheuing@dfg-vk.de



Geschichte der WRI: 100 Jahre auf einem Zeitstrahl. Für alle Freund*innen der Internationalen der Kriegsdienstgegner*innen findet sich jetzt eine schöne Illustration der Geschichte der letzten 100 Jahre auf der Homepage der WRI. Sie reicht von der Gründung des Netzwerks 1921 bis heute und versucht sich an einer ersten Aufarbeitung der wesentlichen Meilensteine. Hier: <https://bit.ly/3oAQsN6> <<





Tagesordnung

Der Bundesausschuss der DFG-VK hat in seiner Sitzung am 30. Oktober 2021 die folgende Tagesordnung für den 23. DFG-VK-Bundeskongress, der vom 20. bis 22. Mai 2022 in der Jugendherberge Duisburg Sportpark stattfindet, beschlossen:

20. Mai 2022 | Freitag

bis 18 Uhr	Anreise
18 – 19 Uhr	Abendessen
19 – 20 Uhr	Begrüßung und Formalia (Wahl der ProtokollantInnen, Beschluss über die Geschäftsordnung, Wahl der Mandatsprüfungskommission, Wahl der Antragskommission, Beschluss über die Tagesordnung, Wahl der Wahlkommission, Bericht der Mandatsprüfungskommission, Wahl der Redaktionsgruppe der Abschlussresolution)
20 – 22 Uhr	Vergabe des Ludwig-Baumann-Preises des Carl-von-Ossietzky-Solidaritätsfonds der DFG-VK (inkl. Rückblick auf die Person Ludwig Baumann)
ab 22 Uhr	Gemütliches Beisammensein

**Weitere Infos
zum Bundeskongress unter:
<https://buko2022.dfg-vk.de/>**

21. Mai 2022 | Samstag

bis 9 Uhr	Frühstück
9 – 10.30 Uhr	Rechenschaftsberichte, Diskussion, Entlastungen (BSK, Politischer Geschäftsführer, Bundeskassierer, Kassenrevisoren, verantwortlicher Redakteur der ZivilCourage)
10.30 – 10.45 Uhr	Kaffeepause
10.45 – 11.15 Uhr	Hauptrede (wahrscheinlich von Maurice Conrad, FFF)
11.15 – 12.45 Uhr	Arbeitsgruppen zum Thema des Kongresses (es findet keine Auswertung im Plenum statt)
12.45 – 13.45 Uhr	Mittagessen
13.45 – 15 Uhr	Antragsberatung
15 – 15.30 Uhr	Kaffeepause
15.30 – 18 Uhr	Antragsberatung
18 – 19 Uhr	Abendessen
19 – 20 Uhr	vtl. weitere Antragsberatung (darüber sollen die Delegierten vor Ort entscheiden)
Ab 20 Uhr	Kulturprogramm und gemütliches Beisammensein (optional weitere Antragsberatung)

22. Mai 2021 | Sonntag

bis 9 Uhr	Frühstück
9 – 12 Uhr	Wahlen (Bundespsprecher*innenkreis, Politische Geschäftsführung, verantwortliche*r Redakteur*in der ZivilCourage, weitere Stellen, Kassenrevisoren, Vertreter*innen der DFG-VK in Organisationen und Bündnissen) – Verteilen (und Lesen) der Abschlussresolution
12 – 12.15 Uhr	Kaffeepause
12.15 – 13 Uhr	Diskussion und Verabschiedung der Abschlussresolution
13 Uhr	Ende des Bundeskongresses

„Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“

Die Kolumne von Michael Schulze von Glaßer

Soll die Bundeswehr weiter im Ausland eingesetzt werden?“ – das war die Frage einer Diskussionsrunde des ZDF, zu der ich vor einigen Wochen eingeladen war. Daran nahm auch ein ehemaliger Soldat der Bundeswehr teil – sieben Mal war er in Afghanistan und hat dabei auch viel Schreckliches erlebt. Wir diskutierten vor den Kamearas, aber auch nach dem Dreh. Auch wenn er Militäreinsätze zu „humanitären Zwecken“ nicht grundsätzlich ablehnte, war er sehr kritisch gegenüber den vergangenen und aktuellen Auslandseinsätzen der Bundeswehr bzw. der Außen- und Sicherheitspolitik der deutschen Regierungen der letzten Jahrzehnte. Auch deutsche Waffenexporte sah er kritisch und lehnte Atomwaffen – auch die in Büchel gelagerten US-Atomwaffen – ab. Sollten wir in Zukunft also intensiver mit kritischen ehemaligen (oder sogar noch im Dienst stehenden) Soldat*innen zusammenarbeiten?

Mit der kritischen Soldatenvereinigung „Darmstädter Signal“ gab es in den letzten Jahrzehnten immer wieder Kontakt und vereinzelte gemeinsame Auftritte und Zusammenarbeit. (Ehemalige) Soldaten findet man aber selbst in unseren eigenen Reihen. In der Geschichte unseres Verbands spielen ehemalige Soldaten – soweit mir bekannt waren es bislang nur Männer – eine große Rolle: Als ehemaliger Generalmajor der Reichswehr war Paul von Schoenaich von 1929 bis 1933 und von 1946 bis 1951 Präsident der DFG, Martin Niemöller, der ab 1957 Präsident der DFG war, diente im Ersten Weltkrieg als Marineoffizier. Und auch heute haben wir – etwa mit unserem Bundessprecher Jürgen Grässlin – ehemalige Soldaten in unseren Reihen. Die Zahl der Veteran*innen der Bundeswehr ist sehr groß.

Rund 160000 deutsche Soldat*innen sollen von 2001 bis 2021 in Afghanistan gewesen sein. Steht davon auch nur ein Bruchteil der aktuellen Außen- und Sicherheitspolitik in unserem Sinne kritisch gegenüber, könnten sie wichtige Mitstreiter*innen für uns sein. Wir sollten die Veteran*innen nicht der Regierung überlassen. Viel mehr könnten wir kritische Soldat*innen dazu ermutigen, sich öffentlich zu äußern – eventuell auch, indem wir sie bei unseren politischen Aktionen und in unsere Kampagnen einbinden. Soldat*innen finden in der Öffentlichkeit oft viel Gehör – das zeigte sich zuletzt sehr deutlich beim Ende des Afghanistan-Einsatzes, wo Veteran*innen omnipräsent waren (während wir – wie so oft – marginalisiert und ignoriert wurden...). Die Soldat*innen können sehr authentisch berichten, und Journalist*innen scheinen ihnen oft viel Fachwissen beizumessen. Zudem irritieren Bilder von Soldat*innen, die sich kritisch zu Militärthemen in der Öffentlichkeit äußern: Noch heute ist das Bild der Bundeswehr-Soldaten in Uniform beim Protest gegen den so genannten Nato-Doppelbeschluss am 22. Oktober 1983 im Bonner Hofgarten eines der ersten, die man von dem Protest findet. Ist also mit Soldat*innen politisch in unserem Sinne viel zu gewinnen?

Das ist einer der in unserem Verband zu diskutierenden Fragen. Denn natürlich sind (Ex-)Soldat*innen erst einmal Menschen, für die es in Ordnung ist, andere Menschen zu töten – sie sind sogar darin ausgebildet. Und einige unter den vielen Veteran*innen würden uns Pazifist*innen und Antimilitarist*innen lieber tot sehen, als auch nur mit uns zu reden. Aber mit vielen (Ex-)Soldat*innen – wie etwa mit dem, der mit mir in der ZDF-Diskussionssendung „13 Fragen“ war – gibt es

In dieser Kolumne berichtet Michael Schulze von Glaßer, politischer Geschäftsführer der DFG-VK, regelmäßig, was in der DFG-VK-Geschäftsführung gearbeitet wird, welche Themen im Fokus sind, welche Materialien erstellt werden etc.
Kontakt: svg@dfg-vk.de



auch politische Schnittmengen, und es könnte sich lohnen, diese gemeinsam zu bearbeiten, um politisch etwas zu bewegen. Aber das ist eine offene Diskussion, die ich gerne führen und eure Meinungen hören würde: Sollen wir mit ehemaligen – oder sogar kritischen aktiven – Bundeswehr-Soldat*innen zusammenarbeiten? Ich bin gespannt und freue mich, dazu von euch zu hören!

Neben dieser strategischen Diskussions-Frage war in den letzten Monaten wieder viel los: Wir haben die Koalitionsverhandlungen von SPD, Grünen und FDP mit zahlreichen Aktionen vor Ort in Berlin begleitet, um sie auf unsere Forderungen aufmerksam zu machen (Videos einiger dieser Aktionen gibt es auf unserem YouTube-Kanal: www.youtube.com/dfgvk). Da der Bundesausschuss eine Verschiebung des Bundeskongresses beschlossen hat, galt es, schnell eine neue, geeignete Location zu finden. Und da sind die Planungen für den DFG-VK-Bundeshaushalt 2022: Eigentlich sollte der Bundeskongress im Oktober eine – wie auch immer ausfallende – Erhöhung der Mitgliedsbeiträge beschließen (siehe dazu den entsprechenden Artikel in *ZivilCourage* 2/2021). Da dies nicht geschah, ist unser finanzieller Spielraum für das kommende Jahr sehr eng: Wir haben viele Pläne und Ideen, die Welt friedlicher zu machen – doch politische Arbeit kostet nun mal Geld. Ich würde mich daher sehr freuen und wäre sehr dankbar, wenn ihr den aktuellen Spendenaufruf beachten würdet, der kürzlich per Brief bei euch eingegangen sein sollte. <<

Die nukleare Teilhabe muss beendet werden

Menschenkette startete Aktionsmonat gegen Atomwaffen

Von Marion Küpker

Trotz Corona gelang es uns seit dem letzten Jahr – gemeinsam mit der bundesweiten Kampagne Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt und ICAN – eine öffentliche politische Diskussion über die gefährliche nukleare Abschreckungspolitik der Nato bezüglich der in Büchel stationierten US-Atomwaffen zu führen. Prominente Unterstützung erhielten wir vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich, der öffentlich die Beendigung der nuklearen Teilhabe Deutschlands zur Diskussion stellte. Unser Kampagnen-Trägerkreis Atomwaffen abschaffen - bei uns anfangen! besteht aus über 70 Organisationen und Gruppen der Friedensbewegung, die gemeinsam den Druck auf die Bundesregierung erhöhen mit dem Ziel des Abzugs der ca. 20 US-Atombomben aus Büchel. Deutschland muss endlich den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen

und atomwaffenfrei werden, anstatt die geplante nukleare Aufrüstung umzusetzen.

Atomwaffen-Verbotsvertrag. Am 22. Januar 2021 feierte weltweit die Friedensbewegung das Inkrafttreten des internationalen Atomwaffenverbotsvertrags. Durch das Inkrafttreten ist der Verbotsvertrag völkerrechtlich gültig, d.h. nach internationalem Recht gelten Atomwaffen nun explizit als verboten. Allerdings sind die Bestimmungen nur für die unterzeichnenden Vertragsstaaten bindend, er gilt für 86 Staaten, d.h. auch für die Staaten, die den Vertrag bisher zwar unterschrieben, aber noch nicht ratifiziert haben. Der Handlungsspielraum der Atommächte wird damit immer enger. Einige Finanzinstitute haben Ethikregeln, an denen sie sich nun messen lassen müssen, falls sie Konzerne finanzieren, die Atomwaffen (Teile und

Tägersysteme etc.) produzieren. Auch dürfen - laut Vertrag - Teile dieser Waffen nicht mehr in den 86 Vertragsstaaten produziert werden.

Der Druck auf unsere Regierung wurde und wird durch den Städte- und Abgeordnetenappell und der Organisation der BürgermeisterInnen für den Frieden immer weiter ausgebaut, damit ein Beitritt Deutschlands zum Atomwaffen-Verbotsvertrag endlich erfolgen kann. Hierfür machen sich unsere Trägerkreisorganisationen gemeinsam mit ICAN stark: So haben bereits 646 Abgeordnete und davon 171 Bundestagsabgeordnete den Appell unterschrieben. Insgesamt sind bis heute 137 Städte und vier Bundesländer dem Städteappell beigetreten, um den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen zu unterstützen bzw. die Bundesregierung aufzufordern, ihm beizutreten. Auch sind über 700 BürgermeisterInnen für den Frieden in



Deutschland dem Bündnis Mayors for Peace beigetreten, womit wir weltweit nach Japan und dem Iran auf Platz 3 stehen.

Menschenkette in Büchel setzt Zeichen. Im Vorfeld der Bundestagswahl - am Sonntag, den 5. September - gelang der Menschenketten-Lückenschluss entlang der Bundesstraße am Atomwaffen-Stützpunkt „Fliegerhorst Büchel“ mit zirka 800 Menschen der Friedensbewegung. Damit konnte ein deutliches Signal aus der Zivilbevölkerung an die Regierungsparteien gesendet werden, damit der Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen von Deutschland unterzeichnet, die US-Atomwaffen abgezogen und die nukleare Aufrüstung beendet wird.

Trotz großer Einschränkungen durch Corona und Bahnstreik kamen hierfür über 40 Trägerkreisgruppen der bundesweiten Kampagne Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt in 10 Städtebussen oder per PKW angeleitet. Bei strahlendem Sonnenschein trafen sich viele Friedensbewegte nach längerer Coronapause bei bester Stimmung entlang der Menschenkette wieder. Lebenslaute sang, viele trugen Transparente, und aus Autos wurde wohlwollend gehupt und gewinkt. Im Anschluss erwartete die Teilnehmenden auf dem Kundgebungsplatz am Haupttor ein biologisches vegetarisches Mittagessen und ein spannendes Redeprogramm, dass vor allem die europäische Perspektive in den Blick nahm.

Während ich, Marion Küpker, auf die aktuellen Entwicklungen unserer Kampagne gegen die nukleare Aufrüstung in Büchel aufmerksam machte und auf die reale Bedrohung eines Atomkrieges durch die Nukleardoktrin hinwies, widmete sich Prof. Karl Hans Bläsius dem Thema der Künstlichen Intelligenz und des jederzeit möglichen Atomkrieges aus Versehen.

Angelika Claußen, europäische Präsidentin der Internationalen Sektion der IPPNW/ÄrztInnen zur Verhütung des Atomkrieges, stellte die Not-



wendigkeit einer europäischen Kampagne vor - hier ein Auszug aus ihrer Rede:

„Ja, die Friedensbewegung schreibt Erfolge, den Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) haben wir, die weltweite Zivilgesellschaft durchgesetzt im Bündnis mit den Ländern des globalen Südens und mutigen herausragenden Politikerinnen aus Ländern in Europa, aus Österreich und aus Irland. Den Widerstand der Atomwaffenstaaten haben wir erwartet, der AVV läuft ihren Interessen ja diametral entgegen! Jetzt ist Europa dran! In Europa muss die Nukleare Teilhabe beendet werden: in Deutschland, in Belgien, in den Niederlanden und in Italien... Der erste Schritt dazu ist, das nukleare Dogma der Nato in Frage zu stellen, das Dogma der nuklearen Abschreckung.

Und hier kommt ein aktuelles Großereignis ins Spiel: Die Niederlage der Weltmacht USA in Afghanistan. Es ist jetzt glasklar deutlich, dass militärisch gestützte Sicherheitspolitik extrem zerstörerisch ist. Militär und Wettrüsten, sei es nuklear oder auch nicht nuklear, sind völlig ungeeignete Mittel, um den Herausforderungen der Menschheit in Zeiten der Klimakrise zu begegnen. Das Militär selbst ist ein Klimakiller. Wir brauchen stattdessen eine zivile Sicherheits- und Friedenspolitik, die in kooperativen Beziehungen unserer Länder die wichtigen Schritte zu einer sozial-ökologischen

Transformation umsetzt. Entspannungspolitik heute, kooperative Sicherheitspolitik bedeuten drastische Abrüstungsschritte für Klimagerechtigkeit.

Nuclear-Free Europe – so haben wir unsere gemeinsame Kampagne genannt, um die Friedensbewegung und die Politik in den Dialog zu bringen, wie eine Roadmap zur Beendigung der nuklearen Teilhabe in Europa aussehen kann... Eine Welt frei von Atomwaffen, die Eindämmung der Klimakrise samt Klimagerechtigkeit und unser Recht auf Leben und Gesundheit – alle diese Ziele gehören zusammen! Dafür setzen wir uns gemeinsam hier in Büchel ein!“

Aus den europäischen Ländern der nuklearen Teilhabe sprachen Guido van Leemput, der Mitarbeiter der Außenpolitik und Landesverteidigung der Fraktion der Sozialistischen Partei in den Niederlanden ist und sich bei Bike for Peace Holland engagiert. Ludo De Brabander ist Sprecher der belgischen Friedensorganisation „Vrede“, die aktuell die Proteste an der belgischen Militärbasis Kleine Brogel organisiert. Alfonso Navarra sprach als italienischer Vertreter der „disarmisti esigenti“ und übermittelte einen gemeinsamen Vorschlag der italienischen Friedensgruppen für die nächste COP26 (UN Climate Change Conference) in Glasgow. Rudolf Gottfried sprach für die Aktionen, die gegen das nukleare Nato-Manöver „Stead- »



» fast Noon“ in Nörvenich am 9. Oktober stattfanden (siehe den Beitrag in diesem Heft auf Seite XX).

Die gesamte Kundgebung wurde in einem Livestream aufgezeichnet und kann jetzt auf You-Tube angeschaut werden: www.youtube.com/watch?v=wxFABSdzBO0, weitere Informationen auch unter: www.atomwaffenfrei.de und unter www.buechel-atombombenfrei.de

Europäische Fahrradtour (24. bis 26. September): Month of Action. Nuke-Free Europe (www.nuke-freeeurope.eu) ist ein junges europäisches Netzwerk, dass den diesjährigen September als Aktionsmonat für die Abschaffung der nuklearen Teilhabe in der Nato ausgerufen hat. Weitere Ziele sind der Abzug der US-Atomwaffen aus den Nato-Teilhabeländern, der Stopp der geplanten nuklearen Modernisierung mit B61-12 Atombomben und den dazu nötigen Träger-Kampfflugzeugen sowie der Beitritt und die Ratifizierung des Atomwaffen-Verbotsvertrages durch unsere Länder. Wir wollen unsere Organisation gegen Atomwaffen in Zukunft stärker auf europäischer Ebene koordinieren. Die Menschenkette war der Auftakt des Aktionsmonats, und im Anschluss wurden so von Büchel aus die Atomwaffen-Stützpunkte in den Niederlanden (Volkel) und Belgien (Kleine Brogel) mit einer Fahrradtour zu den dortigen Protesten miteinander verbunden. Da der Hauptorganisator einen Monat vor der Tour ausfiel, über-

nahm ich zum Teil die weitere Organisation einer zehnköpfigen Delegation aus Deutschland. Am 24. September starteten wir in Aachen mit dem Klimastreik von Fridays for Future, wo wir Flugblätter zu Klima und (Atomwaffen)-Militäremissionen und unserem Netzwerk verteilten. Im Anschluss wurde das Begleitfahrzeug mit Anhänger für den kommenden Morgen abgeholt. Nach einem gemeinsamen Abendessen fand die Gruppenfindung mit inhaltlicher Ausrichtung in unserer Unterkunft statt, sodass wir Samstagfrüh gemeinsam mit unseren Fahrrädern aufbrachen.

Wir wurden von ca. 70 Menschen an der Militärbasis Volkel empfangen. Dort fand eine Kundgebung - gemeinsam mit Abgeordneten der niederländischen Linken und Grünen - sowie den dortigen Anti-Atomwaffen-Organisationen statt. Im Anschluss umradelten wir gemeinsam die Militärbasis, die - wie in Büchel - ca. 20 US-Atombomben beherbergt und wo niederländische PilotInnen deren Einsatz üben. Um 16 Uhr wurden wir mit unseren Fahrrädern in Richtung Eindhoven und zu einem belgischen Campplatz hin verabschiedet. Die belgische Friedensorganisation Vrede empfing uns dort, und wir führten am Lagerfeuer bis in die frühen Morgenstunden unsere Vernetzung-

diskussionen. Am Sonntag, den 26. September starteten wir früh und vereinten uns mit 130 FahrradfahrerInnen auf dem letzten Abschnitt hin zur belgischen Militärbasis Kleine Brogel.

Auch dort liegen wie in Büchel ca. 20 US-Atombomben. Mit einer internationalen Kundgebung und einer kleinen Menschenkette protestierten wir hier gemeinsam und trafen dabei viele Bekannte. Darunter war auch die US-Amerikanerin Susan Crane, die extra für ihren Büchel-Prozess am 29. September im Amtsgericht Cochem aus den USA angereist kam. Hier nahm sie das erste Mal an den Protesten in Volkel und Kleine Brogel teil.

Büchel könnte der Schlüssel zur atomaren Abrüstung sein.

Unsere Kampagne zeigt, dass wir gemeinsam viel stärker sind, wenn wir uns auf unsere vereinbarten Ziele konzentrieren: die vierte Kampagne Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt startete 2016 mit den jährlichen Aktionspräsenzen in Büchel „20 Wochen für 20 Bomben“. Öffentliche Umfragen zeigen, dass 80 bis 90 Prozent der Bevölkerung gegen die Atombomben sind - und in unserer Kampagne sind anerkannte Organisationen wie der IPP-NW, IALANA, Ohne Rüstung Leben, Pax Christi, DFG-VK, Versöhnungsbund, WILPF etc. dabei. Viele Gruppen reisen Jahr für Jahr nach Büchel, um direkt am Stützpunkt zu protestieren. Jedes Jahr predigen Geistliche und Bischöfe aus verschiedenen Kirchen vor bis zu 1000 Menschen an der Bundeswehr-Militärbasis. Viele Gruppen halten Mahnwachen und/oder Blockaden am Stützpunkt ab. In den letzten Jahren ist Büchel zu einem Symbol für unseren Widerstand gegen Atomwaffen in Deutschland geworden. Nach der Ankunft erhält jede Gruppe eine Einführung über die Arbeit unserer Trägerkreis-Kampagne Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt. Einige Gruppen konzentrieren sich auf zivilen Ungehorsam am Ort des Geschehens. Viele sind der Meinung, dass wir neben Lobby- und Aufklärungsarbeit auch mit gewaltfreien direkten Aktionen Druck auf die politischen EntscheidungsträgerInnen ausüben müssen und dadurch das internationale (Völker-)Recht endlich zur Anwendung kommen könnte.

Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

Unter den Trägerkreisgruppen der Kampagne befindet sich auch die Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen (GAAA), die die Proteste vor 25 Jahren in Büchel startete und die als Gruppe Mitglied in der DFG-VK ist. Seit dem Jahr 2017 organisiert die GAAA mit der US-amerikanischen Organisation Nukewatch die internationale Woche, die jeweils im Juli während der 20-wöchigen Aktionspräsenz stattfindet. Jedes Jahr haben wir Unterstützung von US-Delegationen, deren Teilnehmende auch zu Hause an den US-Produktionsstädten der neuen Atombomben für Europa aktiv sind.

Mehrere Go-In-Aktionen führten zu Gerichtsprozessen. In den letzten beiden Jahren fanden etwa 50 Gerichtsverfahren mit mehreren Angeklagten statt. Darunter waren erstmalig drei US-BürgerInnen: Dennis Duvall, John LaForge und Susan Crane u.a. aufgrund der Go-In-Aktion am 15. Juli 2018 mit 18 Teilnehmenden. Auch der US-Aktivist Brian Terrell erhielt dieses Jahr seinen Strafbefehl in Deutschland ausgehändigt und legte dagegen sofort Widerspruch ein.

Am 1. April wurde aus unserer internationalen Gruppe eine Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht von Stefanie Augustin und mir eingereicht, was aktuell die 14. Verfassungsbeschwerde ist. Bisher hat sich das Verfassungsgericht geweigert, auch nur eine der Beschwerden anzunehmen, u.a. mit der Begründung, dass die Verhandlung der in Deutschland stationierten Atomwaffen nicht im Interesse unserer Öffentlichkeit sei. Bei uns gab das Verfassungsgericht im Mai 2021 nicht einmal eine Begründung für die Nichtannahme. Wieder verfehlten die Gerichte durch alle Vorinstanzen die Anwendung des internationalen Rechts und verweigerten die Zeugenanhörung von RechtsexpertInnen, z.B. Anabel Dwyer (USA, Adjunct Professor of Human Rights and Humanitarian Law at T. M. Cooley Law School). Und das, obwohl das Völkerrecht unserem deutschen Recht



übergeordnet ist. Damit haben wir alle nationalen rechtlichen Schritte ausgeschöpft, sodass wir jetzt Anfang November erstmalig Klage beim Internationalen Gerichtshof für Menschenrechte einreichen. Unser Hauptaugenmerk liegt auf Artikel 2 der Verletzung des Rechts auf Leben sowie auf Artikel 6 der Verletzung des Rechts auf Verteidigung, da u.a. auch völker- und verfassungsrechtliche Fragen zu prüfen sind.

Mit den vielen gut koordinierten Verfahren und auch den einzelnen Teilerfolgen (ein IPPNW-Mitglied hatte gerade Erfolg mit ihrem Revisionsantrag) sowie unserer Öffentlichkeitsarbeit machen wir es den Gerichten immer schwerer, ihre ablehnende Haltung in Folgeprozessen weiter zu begründen.

Europa in Gefahr. Unser zivilgesellschaftlicher Widerstand gegen die Atomwaffen erzeugt bereits viel Druck, denn anders ist es schwer zu erklären, dass während der Koalitionsverhandlungen Ende Oktober der Chef der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, in ca. 80 deutschen Zeitungen mit der Aussage zitiert wird: „Europa würde ohne in Deutschland stationierte US-Atomwaffen in Gefahr sein...“

Ich zitiere aus der Pressemitteilung unserer Kampagne: „Ein Abzug der amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland würde „Polen ... sicherheitspolitisch den Teppich unter den Füßen wegziehen“. Ischinger bringt die Möglichkeit ins Spiel, dass dann Polen nach Atombomben auf

seinem Territorium verlangen könnte. Allein die Tatsache, dass Ischinger dies in Erwägung zieht, bedeutet ein Spiel mit dem Feuer. Als langjähriger Leiter der sogenannten Sicherheitskonferenz in München muss er wissen, dass Sicherheit von Vertrauen lebt. Eine Grundlage für Vertrauen ist, dass Verträge eingehalten werden: ‚pacta sunt servanda‘. Die Nato hat sich vertraglich verpflichtet, in den neuen Beitrittsstaaten, also auch in Polen, keine Atomwaffen zu stationieren. Diese Verpflichtung wurde von den Wissenschaftlichen Diensten des Bundestages ausdrücklich hervorgehoben (WD 2-3000-041/20 vom 29. April 2020).“

„In der Nato-Russland Grundakte (Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Russischen Föderation) vom 27. Mai 1997 wird eine Stationierung von Atomwaffen im Hoheitsgebiet der neuen Nato-Mitglieder ausgeschlossen.“

Ischinger weiß: Falls Deutschland aus der nuklearen Teilhabe austritt, wird dies Auswirkungen auf zukünftige Entscheidungen der anderen europäischen Länder der nuklearen Teilhabe haben: Ein möglicher Domino-Effekt!

Marion Küpker ist Sprecherin der Kampagne Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt, internationale Koordinatorin der DFG-VK gegen Atomwaffen sowie Friedensreferentin zu Atomwaffen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes. <<

Wieder entdeckt und gelesen

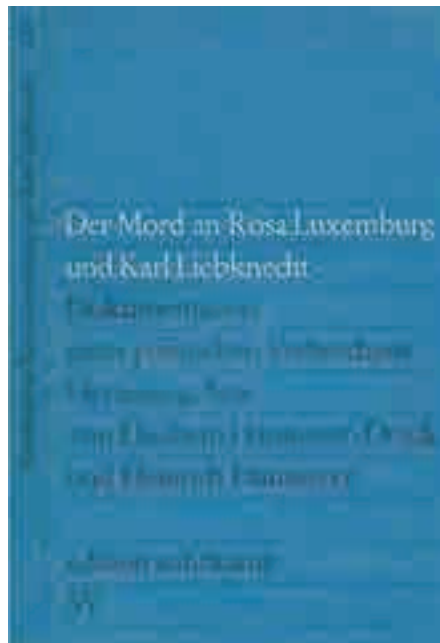
Was uns „alte“ Bücher heute sagen können

Von Werner Glenewinkel

Wer kennt das nicht? Man zieht um, mistet aus, sucht etwas im Bücherregal. Und stößt auf ein altes Buch, von dem man denkt: Das war damals eine wichtige Lektüre, das wollte ich unbedingt noch einmal lesen. Und es könnte auch für andere bereichernd sein. Oder aus einem aktuellen Anlass gelesen werden sollen.

Wer selbst solche alten Schätze wieder entdeckt, der kann sie hier in dieser Rubrik präsentieren.

Werner Glenewinkel präsentiert im Teil 2 unserer Reihe:



Elisabeth Hannover-Drück und Heinrich Hannover (Hrsg.): Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Dokumentation eines politischen Verbrechens. Frankfurt am Main 1967

Dieses Buch war damals, 1967, eine wichtige Lektüre und soll heute zum Wiederlesen vorgestellt werden. Denn in diesem Jahr wären Rosa(lie) Luxemburg und Karl Liebknecht beide 150 Jahre alt geworden. Geboren

im Jahr der Gründung des Deutschen Reiches, die ja ausführlich in den Medien besprochen wurde, hat ihr Geburtstag wenig mediale Aufmerksamkeit gefunden. Das Theater in Meran hat aus diesem Anlass ein beeindruckendes *Theatermemorandum in drei Bildern* aufgeführt: „Rosa Luxemburg. Ich war. Ich bin. Ich werde sein.“ Das ist auch der Titel einer ihrer Aufsätze, und in ihm findet sich dieser Satz: „Mensch sein ist von allem die Hauptsache. Und das heißt fest und klar und heiter sein, ja heiter, trotz alledem.“ Auch dieses Theatermemorandum endet in der Nacht zum 15. Januar, in der Rosa Luxemburg und ihr Genosse Karl Liebknecht verschleppt, gefoltert und ermordet wurden.

Die Herausgeber Elisabeth und Heinrich Hannover, woll(t)en mit diesem Buch keinen Kriminalfall (der es auch ist) aufklären. „Die Täter interessieren sie nicht als Personen, sondern nur als typische Vertreter gesellschaftlicher Gruppen und der von ihnen beherrschten staatlichen Institutionen“, heißt es im Vorwort. Liebknecht und Luxemburg seien nicht gefährlich gewesen, „weil sie über physische Gewalt verfügt hätten, sondern weil sie im Begriff standen, die deutsche Arbeiterschaft über ihre Klasseninteressen aufzuklären (...)“. „Gegen Aufklärung“, heißt es dann weiter, „hat eine Herrschaftsordnung, die weder moralisch noch vernunftmäßig zu rechtfertigen ist, nur ein Mittel: die Gewalt.“ (Seite 7) Denn die Vertuschung des Mordes begann bereits in der Mordnacht, weil „ein wesentlicher Teil der jungen Weimarer Republik in die Hände eines in reaktionärem Geiste geführten Militärs gelegt wurde (...)“. Und „weil die Justiz der Republik ebenfalls in den Händen von Angehörigen ihrer Gesellschaftsschicht lag“ (S. 8). Denn die beiden Arbeiterführer erlebten seit

Langem einen ungeheuren Kollektivhass, der von einer gelenkten Hasspropaganda gegen Minderheiten verstärkt wurde. „Die Erzeugung von Progromstimmung“, schreiben die Herausgeber weiter, „gegen aufklärerische Minderheiten – Sozialisten, jüdische Intelligenz, ‚Linksintellektuelle‘, Studenten – ist eines der Mittel, mit denen sich die herrschende Klasse die Assistenz der brutalen Dummheit sichert.“ (S. 9)

Mit Hilfe der noch einseharen Verfahrensakten sowie zahlreicher Presseberichte stellen die Herausgeber „ein historisches Ereignis als Teil eines dialektischen gesellschaftlichen Prozesses dar“ (S. 10). Nach der Darstellung der *politischen Vorgeschichte des Mordes* wird die politische Rolle von Luxemburg und Liebknecht kurz skizziert. Ein Satz der bis heute mit Rosa Luxemburg verbunden ist lautet: Die Freiheit ist immer die Freiheit der anders Denkenden. Für Karl Liebknecht ist dieser Satz wohl sehr charakteristisch: Die Furcht ist der schlechteste Ratgeber.

Dann wird der *Mord im Spiegel der zeitgenössischen Presseberichte* geschildert. Den Schwerpunkt bildet der *Prozeß vor dem Feldkriegsgericht* gegen den Husaren Runge und Genossen sowie gegen sechs zum Teil hochrangige Offiziere. Die Auszüge aus dem Verhandlungsprotokoll des Feldkriegsgerichts klingen z.T. unglaublich und gewähren tiefe Einblicke in die Strukturen der jungen Weimarer Republik. Das Urteil soll hier mit dem Kommentar aus der *Frankfurter Zeitung* vom 16. Mai 1919 beschrieben werden:

„Der Ausgang der vor dem Kriegsgericht wegen der Ermordung von Liebknecht und Rosa Luxemburg geführten Verhandlungen ist aus rechtlichen wie aus politischen Gründen

durchaus unbefriedigend. Denn zwei schwere Mordtaten bleiben unge-sühnt, da die über einige Angeklagte verhängten Strafen nicht das Hauptverbrechen, den Mord selbst, sondern nur die Begleitumstände betreffen. Das Gericht ist im Gegensatz zu den Anträgen des Anklagevertreters für die meisten Angeklagten zu einem freisprechenden Ergebnis gelangt, weil es den Schuldbeweis nicht als geführt ansah.“ (S. 123)

Damit ist die Dokumentation aber noch nicht beendet. Es folgt der sogenannte *Jorns-Prozess*. Kriegsgeschichtsrat Jorns, lange Jahre bei der sog. Schutztruppe in China und Deutsch-Südwestafrika kämpfend, hatte die Anklage im Prozess gegen die Mörder von Luxemburg und Liebknecht vertreten. Am 24. März 1928 erschien in der Zeitschrift *Das Tagebuch* ein anonymes Aufsatz mit dem Titel *Kollege Jorns*. Darin wird Jorns, der inzwischen Reichsanwalt geworden war, vorgeworfen, er habe in dem Verfahren den Liebknecht-Luxemburg-Mördern Vorschub geleistet. Etwa ein Jahr später beginnt vor dem Schöffengericht in Berlin-Mitte die Hauptverhandlung gegen den verantwortlichen Redakteur der Zeitschrift. Josef Bornstein wurde Beleidigung und üble Nachrede vorgeworfen. Er gab den Namen des Verfassers des Artikels nicht preis. Der Prozess wurde dank der Verteidigung durch den SPD-Reichstags-Abgeordneten Dr. Paul Levi und die Vernehmung des kommunistischen Reichstags-Abgeordneten Wilhelm Pieck (dem späteren Staatspräsidenten der DDR) zu einer neuerlichen, wenn auch indirekten, Anklage gegen die freigesprochenen Offiziere. Es verstärkten sich die Indizien für eine Planmäßigkeit der Morde.

„Das Urteil des Schöffengerichts sprach den Angeklagten Bornstein am 27. April 1929 von der Anklage der Beleidigung und der üblen Nachrede frei. Es sah den Wahrheitsbeweis für die ehrenkränkenden Behauptungen des Aufsatzes in allen wesentlichen Punkten als erbracht erbracht.“ (S. 158) Die

Presseberichte zeigten, schreiben die Herausgeber, „die Unterschiede der Berichterstattung und des politischen Denkens, die wir auch in der Presse unserer Tage [also in den 60er Jahren; d. Verf.] wieder finden“ (S. 158).

Die *Berliner Volkszeitung* schrieb dazu: „Das Gericht hat einen Spruch gefällt, der sicher dem Ansehen der deutschen Justiz außerordentlich zuträglich sein wird. Es hat in vollem Maße das Recht der Presse auf Kritik anerkannt und sich weder auf die formale Ausrede zurückgezogen, dass die Kritik in der Form gefehlt habe, noch auf die, dass in Nebenpunkten der Wahrheitsbeweis nicht erbracht sei. Wenn jetzt gesagt wird, dass der Freispruch für Bornstein eine Verurteilung für Jorns bedeutet, so ist das zutreffend. Aber man muss doch wohl noch einen Schritt weitergehen. Verurteilt worden ist in Moabit das ganze System jenes Helldunkels, das in den Januar Tagen 1919 Deutschland beschattete“ (S. 162).

Fünf Jahre später wird in *Schatten der Vergangenheit* ein Briefwechsel zwischen dem preußischen Justizministerium und dem preußischen Ministerpräsidenten geschildert. Am Ende steht im Juli 1934 ein Dankesbrief des damals verurteilten Otto Emil Runge. Darin spricht er seinen „besten nationalsozialistischen Dank“ für die ihm gewährte einmalige Entschädigung von 6000 Reichs-Mark aus. Grundlage ist das *Gesetz über die Versorgung der Kämpfer für die nationale Erhebung* vom 27. Februar 1934.

Der *Epilog* von Elisabeth und Heinrich Hannover klingt bedrückend. „Denn gerade die Partei,“ schreiben sie, „die sich rühmen könnte, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht bis in den Ersten Weltkrieg hinein als Mitglieder geführt zu haben, scheint sich nicht gern an sie zu erinnern“ (S. 185). Dann beklagen sie die damals wenig ausgeprägte Erinnerungskultur: Sie erwähnen, dass das nach den Plänen des Architekten Ludwig Mies van der Rohe 1924 auf dem Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde errichtete Denkmal von den Nazis abgebrochen worden

sei; dass 1941 die Gräber eingeebnet seien und im Friedhofsregister mit roter Tinte die Verfügung eingetragen worden sei, dass eine Umbettung Karl Liebknechts nicht in Frage käme. Auch zwei Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch der faschistischen Herrschaft, schreiben sie im damals, den 1960er Jahren, üblichen Sprachgebrauch, gebe es im westlichen Teil Deutschlands kaum eine Straße, die nach einem der beiden großen Sozialisten benannt sei. Wenigstens das hat sich – über 50 Jahre später – geändert. Im Internet erfährt man, dass es mittlerweile über 200 Straßen in Deutschland mit dem Namen Rosa Luxemburg und etwas 300 mit dem Namen Karl Liebknecht gibt.

Zum Schluss lohnt ein Blick auf die beiden Herausgeber: Elisabeth (1928-2009), studierte Historikerin, und Heinrich (heute 96 Jahre alt), seit 1954 als Rechtsanwalt zugelassen, waren ein produktives Paar. Die Beschäftigung mit Luxemburg und Liebknecht war kein Zufall. Bereits 1966 erschien von ihnen *Politische Justiz 1918-1933* im Fischer-Verlag. Heinrich Hannover war von Anfang an in Verfahren wegen politischer Straftaten engagiert (ausführlich dazu Wikipedia zu Heinrich Hannover) und ein entschiedener Verfechter der „Herrschaft des Rechts“. Ohne sie so zu nennen hat er sehr früh auf die „Furchtbaren Juristen“ (so der Titel des Buches von Ingo Müller 1987) hingewiesen hat, die ihre im Nationalsozialismus begonnenen Karrieren ungehindert fortführen und dabei ihrer Gesinnung treu bleiben konnten. Hannover war ein Gegner der westdeutschen Wiederbewaffnung und Mitglied im Verband der Kriegsdienstverweigerer sowie einer der bekanntesten Verteidiger von Kriegsdienstverweigerern. Dass er daneben auch über 40 Jahre hin eine Fülle schöner, anregender Kinderbücher geschrieben hat, macht ihn zu einem ganz besonderen Juristen.

Werner Glenewinkel ist DFG-VK-Mitglied, promovierter Jurist und war Vorsitzender der Zentralstelle KDV. <<

Nato im Niedergang

Zur Erinnerung an die Ende Oktober verstorbene Journalistin Bettina Gaus

Sicher ist es keineswegs, aber vieles spricht dafür, dass die Linke es bei den Bundestagswahlen schaffen wird, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. Immerhin. Aber ob dieser Achtungserfolg es der Partei tatsächlich ermöglicht, eine linke Republik zu etablieren und handstreichartig gleich auch noch die Nato zu vernichten? Oder sind derlei Unterstellungen vielleicht doch ein bisschen albern?

Nun ist fraglich, ob die Warnungen der Unionsparteien vor einer rot-rot-grünen Koalition bei größeren Teilen der Bevölkerung überhaupt verfangen. Die Deutschen werden derzeit

Bettina Gaus ist am 21. Oktober im Alter von nur 64 Jahren gestorben. Jahrzehnte hat sie für die *Taz* geschrieben, seit diesem April war sie Kolumnistin beim *Spiegel*. Mitglied in der DFG-VK war sie nicht und nach eigener Aussage auch keine Pazifistin. Wir lehnen jeden Krieg ab – sie fand alle falsch. Jedenfalls können wir uns an keinen Krieg oder Militäreinsatz in den letzten Jahrzehnten erinnern, den sie nicht gut begründet kritisiert und abgelehnt hätte. Und damit war sie wichtig auch für uns, in mehreren Gesprächen. Denn in der Analyse lag sie oft auf unserer Linie – oder wir auf ihrer. Und ihre Meinung wurde gehört, geachtet und ernstgenommen – weit über unsere Kreise hinaus. Auch deshalb wird ihre Stimme sehr fehlen.

Zur Erinnerung an und zur Würdigung von Bettina Gaus drucken wir – mit freundlicher Genehmigung des *Spiegel* – ihre am 26. August im *Spiegel* unter der Überschrift „Nato im Niedergang – Eine Weltmacht marschiert durch“ erschienene Kolumne nach (<https://bit.ly/3ncgp69>).

Thomas Carl Schwoerer
und Stefan Philipp

von vielen Ängsten und Sorgen umgetrieben, die Furcht vor Sozialismus rangiert allerdings nicht weit oben. Und für Auflösungserscheinungen der Nato wird eine machtvolle deutsche Linke gar nicht gebraucht. Die zeigt das westliche Militärbündnis nämlich ganz ohne Hilfe seiner Gegnerinnen und Gegner. Gut möglich, dass der gescheiterte Afghanistan-Einsatz und dessen Folgen den Anfang vom Ende der Allianz bedeuten.

Seit Gründung der Nato hat es immer wieder Kräfte in Mitgliedsländern gegeben, die das Selbstverständnis des Bündnisses als Wertegemeinschaft demokratischer Staaten für verlogenes Geschwätz hielten, für eine Phrase, mit der lediglich strategische Machtinteressen der US-amerikanischen Führungsmacht verschleiert werden sollten. Aber eine solche Position war nie mehrheitsfähig. Zu tief verwurzelt war in Europa die Überzeugung, auf den Schutz der Vereinigten Staaten angewiesen zu sein und von der Nato zu profitieren. Gilt das noch?

Washington hat in Afghanistan diejenigen im Stich gelassen, die auf die Unterstützung der Weltmacht vertraut hatten. Ganz neu ist dieses Verhalten nicht. Nicht einmal zwei Jahre ist es her, dass Donald Trump die US-Truppen aus Nordsyrien abzog und so eine türkische Militäroffensive gegen die Kurden dort ermöglichte, die im Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ wichtige Verbündete der Vereinigten Staaten gewesen waren. Die erstaunliche Rechtfertigung des damaligen US-Präsidenten: Die Kur-



den hätten die Alliierten schließlich auch nicht im Zweiten Weltkrieg bei ihrer Landung in der Normandie unterstützt.

Aber das war eben Trump, was war von dem schon zu erwarten. Mit seiner Niederlage würde die Welt wieder in Ordnung kommen, die Wahl eines demokratischen Präsidenten brächte gewiss alles ins Lot. Und erwartungsgemäß hatte Joe Biden ja auch prompt versprochen, „Amerika“ sei zurück, „bereit, die Welt wieder zu führen.“ Inzwischen wissen wir, was er darunter versteht.

Die USA haben nicht nur demokratische Kräfte in Afghanistan verraten, sondern auch deutlich gezeigt, welche Bedeutung sie den europäischen Nato-Verbündeten beimessen – nämlich nicht die geringste. Kooperation, Absprachen, eine gemeinsame Strategie: gab es nicht, gibt es nicht. Der britische Premierminister Boris Johnson habe weniger Möglichkeiten, Joe Biden zu beeinflussen als der Hund des Präsidenten, schrieb der »Guardian«. Was für Johnson gilt, gilt auch für Angela Merkel.

Joe Biden und Donald Trump trennt vieles – aber sie haben zugleich auch mehr gemeinsam, als europäische Nato-Partner sich bisher eingestehen bereit waren. Die globalen Interessen der USA sind mit denen Europas längst nicht mehr so leicht in Übereinstimmung zu bringen, wie

in der Zeit der bipolaren Welt. Die Beziehungen zu China, das Verhältnis zu Russland, die Frage, wann geschossen werden soll und darf oder wann verhandelt werden muss: Das sind nur einige der Themen, bei denen es die Nato heute nicht mehr leicht hätte, sich auf einen gemeinsamen Standpunkt zu einigen. Jedenfalls dann nicht, wenn darüber vorher redlich diskutiert worden ist.

Koalitionen der jeweils »Willigen« liegen inzwischen sehr viel mehr in der Logik der historischen Entwicklung, als die Verständigung auf eine gemeinsame transatlantische Militärdoktrin. Sollte es tatsächlich zu einem neuen, furchtbaren Terroranschlag in den USA kommen: Würde heute noch irgendein deutscher Kanzler oder eine Kanzlerin den Vereinigten Staaten „uneingeschränkte Solidarität“ zusichern, wie es einst Gerhard Schröder tat? Zweifel daran sind

angebracht. Vielleicht ist die Nato bereits Geschichte, und wir haben es nur noch nicht gemerkt.

Und vor diesem Hintergrund wird im deutschen Wahlkampf ernsthaft die Frage in den Mittelpunkt gerückt, welche Möglichkeiten der Systemveränderung eine Partei wie die Linke im Falle einer Regierungsbeteiligung hätte, innen- wie außenpolitisch? Mehr Provinzialität geht nicht.

Dieser Vorwurf richtet sich nicht nur an die Adresse der Union. Auch SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz betont, er werde nur eine Regierung mit Parteien bilden, die sich klar zur Nato bekennen.

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass internationale Beziehungen im öffentlichen Diskurs in Deutschland eine allenfalls untergeordnete Rolle spielen: Die groteske Überhöhung der Bedeutung einer Partei wie der Linken hätte ihn erbracht.◀◀

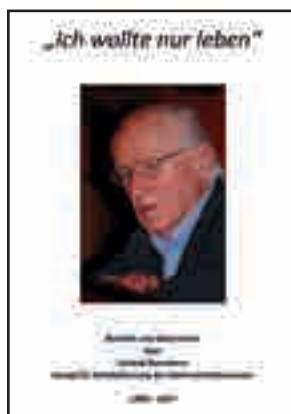
In memoriam Ludwig Baumann

Am 13. Dezember wäre der Wehrmachtdeserteur 100 Jahre geworden

Ohne das unermüdliche Engagement von Ludwig Baumann wäre es wohl nicht zu einer, wenn auch späten Rehabilitation der Wehrmachtdeserteure gekommen. Die DFG-VK würdigte ihn, indem sie ihn zu seinem 90. Geburtstag 2011 zum Ehrenmitglied machte. Im Juli 2018 verstarb Ludwig Baumann, der lange Vorsitzender der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz war, mit 96 Jahren in Bremen.

Anlässlich seines 100. Geburtstages ist die 61-seitige Broschüre „Ein Kämpfer bis zuletzt“ erschienen, die zum Selbstkostenpreis von 10 Euro über die Bundesvereinigung bezogen werden kann (<https://bit.ly/3INQwbV>).

Neu aufgelegt und zum Selbstkostenpreis von 18 Euro erhältlich ist die seit 2018 vergriffene von Baumann selbst zusammengestellte 170-seitige Broschüre „Ich wollte nur leben“.



Trauer um Tina Gewehr

(22.11.1962 - 21.9.2021)

Tina Gewehr, Aktive der DFG-VK Mainz-Wiesbaden, ist tot. Ende Mai begann eine Abwärtsspirale an Erkrankungen. Kurz nach einer Krankenhausentlassung erlitt sie einen Herzstillstand. Nachdem sie körperlich stabilisiert zu sein schien, starb sie im Alter von nur 58 Jahren.



Tina ist nicht nur aus ihrem eigenen Leben gerissen worden, sondern auch aus dem Leben vieler anderer. Tina war seit 2003 in der DFG-VK in Mainz und auch auf Landes-, Bundes- und internationaler Ebene aktiv. Wir erinnern uns an so vieles:

- Eine Vielzahl von Reden bei Ostermärschen, anderen Demonstrationen und Kundgebungen;
 - Radiobeiträge im nicht-kommerziellen Lokalradio *Radio Quer*;
 - von ihr organisierte und durchgeführte Lesungen;
 - Betreuung unzähliger Infostände;
 - Organisation des Caterings für Friedensfahrradtouren, die Mainz besuchten;
 - Mitorganisation der bundesweiten Demonstration anlässlich des Bush-Besuchs in Mainz;
 - Delegierte bei allen Bundeskongressen der DFG-VK seit 2003;
 - Delegierte der DFG-VK bei allen Konferenzen der War Resisters' International seit 2006 in Deutschland, Indien, Südafrika und Kolumbien;
 - Prozessbeobachterin in der Türkei;
 - Autorin, Redakteurin und Korrekturleserin des *Friedlichts*, des Infoblatts der DFG-VK Mainz-Wiesbaden;
 - Organisation unserer virtuellen Ostermärsche 2020 und 2021;
 - ... und vieles andere mehr.
- Sie hatte noch so viele Ideen. Und wir wollten mit ihr noch so viel erleben. Leider spielte ihr Körper nicht mit.

DFG-VK Mainz-Wiesbaden

„Rassismus in der Friedensbewegung?“

Bericht und Reflexion der DFG-VK-Webinar-Reihe

Von Markus Hornberger, Katja Görge, Jan Sander und Kathi Müller

Rassismus ist eine Gewaltform, die das Entstehen von Kriegen und Konflikten mit befördert.

Nach unserem Verständnis ist Frieden also nur ohne Rassismus möglich, und folglich braucht es eine anti-rassistische Friedensbewegung.

Schon jetzt leben in Deutschland viele von Krieg betroffene Menschen, die ein Interesse daran haben, sich der Kriegspolitik und Militarisierung Deutschlands entgegenzusetzen. Um für sie als Verband ein ernsthafter Ansprech- und Kooperationspartner zu werden, fehlen nicht nur intersektionale Ansätze, sondern müssen über Jahre hinweg unbewusst entwickelte rassistische Strukturen in der Organisation und der Friedensarbeit selbst überwunden werden.

Denn Rassismus sitzt auch in unseren Denkmustern, auch in unserer Sprache – er sitzt in der Art, wie wir gelernt haben, auf diese Welt zu blicken.

Die DFG-VK, die in der Tradition der deutschen KDV steht und sich unter anderem gegen Rüstungsexporte und Auslandseinsätze engagiert, kann sich davon nicht vollends freisprechen. Auch sie hat es nicht geschafft, intern die rassistische Sozialisation so aufzuarbeiten, dass von Rassismus betroffene Menschen in unserem Verband und unseren Themen entsprechend repräsentiert sind, und extern die Kämpfe für den Frieden mit denen gegen Rassismus konsequent zu verbinden.

Unsere dreiteilige Webinarreihe „Rassismus in der Friedensarbeit?“ sollte Aktivist*innen und Organisationen dabei helfen, rassistische Strukturen zu erkennen und aufzubrechen, um den ersten Schritt auf dem Weg zu einer antirassistischen Friedensarbeit zu gehen.

Dabei ist anzumerken, dass sich das Organisationsteam aus weißen Personen zusammensetzte und somit selbst innerhalb der zu kritisierenden Strukturen der weißen Mehrheitsgesellschaft verankert ist. In diesem Sinne war es für die Organisation der Webinarreihe besonders wichtig, neben kritischer Selbstreflexion auch Stimmen von BIPOC und Antirassismus-Expert*innen eine Bühne zu geben und unsere Deutungshoheit abzugeben.

Aufbau und Ablauf. Um eine Reflexion unserer Arbeit zu ermöglichen, ist eine kurze Zusammenfassung der Webinarreihe nötig.

Die Durchführung der Webinarreihe erfolgte in drei Teilen. Wichtig war uns bei der Aufteilung, das Thema niedrigschwellig und einsteiger*innenfreundlich zu gestalten – eine tiefgreifende wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Rassismus sollte keine Voraussetzung für die Teilnahme sein. Die Aufteilung war schließlich auch an den Ansatz geknüpft, dass das Orga-Team selbst nicht als „belehrende Instanz“ die Inhalte vorgibt, sondern vielmehr selbst am Prozess teilnimmt und diesen mit den Teilnehmer*innen zusammen im Sinne eines „failing-forward“-Prinzips weiterentwickelt. Auf diesem Ansatz baut auch die Einbindung von Rassismusexpert*innen auf, welche von außen Impulse für die gemeinsame Diskussion beitragen sollten.

Im Sinne dieser Konzeption wurde die Webinarreihe so aufgeteilt:

a) *Grundlagen:* Webinar 1 fand am 30. September 2020 mit 70 Teilnehmenden statt und sollte die Grundlage für die weiterführende Diskussion liefern.

Hier sollte die Einstiegsmöglichkeit für alle Interessierten, mit oder ohne

Vorkenntnisse, geschaffen werden. Zentrale Fragen waren etwa: Was ist Rassismus? Warum beschäftigen wir uns mit Rassismus? Wie wirkt Rassismus und wie ist dieser entstanden? Zur Vermittlung der Grundprinzipien baute das Webinar auf der Expertise von Aretha Schwarzbach-Apithy, einer Schwarzen Aktivistin und Erziehungswissenschaftlerin auf. Diese zeichnete in ihrem Vortrag die historischen Entwicklungslinien moderner rassistischer Strukturen nach, klärte grundsätzliche Begrifflichkeiten und gab mit einer Vorstellung aktueller Debatten, speziell aus ihrem erziehungswissenschaftlichen Forschungsfeld, einen Einblick in aktuelle Herausforderungen. Der Schwerpunkt des Webinars lag dabei auf dem Vortrag, an welchen sich eine kurze Fragerunde anschloss.

b) *Werte und Sozialisation in der Friedensarbeit:* Nach der Grundsteinlegung des ersten Webinars sollte die zweite Sitzung am 1. Dezember 2020 den Einstieg in die Auseinandersetzung mit der eigenen Friedensarbeit ermöglichen. Insgesamt gab es rund 30 Teilnehmende. Da es verschiedene Herangehensweisen an die Friedensarbeit gibt, sollte der Fokus des zweiten Webinars auf der Arbeit von Friedensdiensten im Ausland liegen.

Den Input lieferte Dr. Ali Fathi, Kommunikationswissenschaftler und freiberuflicher Coach für rassismuskritische Organisationsentwicklung und Prozessbegleitung.

Mit einer Kombination aus Vortrag und Gruppenarbeit sollten die Teilnehmenden ihre eigene Sozialisation und die damit einhergehenden internalisierten Werte reflektieren, welche mit in ihre Friedensarbeit getragen werden. Impulse zur Entstehung von Wertesystemen und der Wirkungsmacht von transgenerationaler Sozialisation ermöglichten schließlich gegen Ende

des Webinars eine angeregte Diskussion unter den Teilnehmenden.

c) *Rassismuskritische Transformation*: Das dritte und letzte Webinar der Reihe fand am 11. Februar 2021 mit etwa 30 Teilnehmenden statt und legte den Fokus speziell auf rassismuskritische Transformationsprozesse innerhalb der eigenen Organisation. Besonderer Wert wurde hier auf den offenen Erfahrungsaustausch mit anderen Teilnehmenden gelegt, weshalb die Sitzung bewusst mit einer längeren Gruppenarbeitsphase und lediglich einem vergleichsweise kurz gehaltenen Impulsvortrag organisiert wurde.

Nach dem Motto „von anderen lernen“ wurden für diesen Impulsvortrag zwei junge Schwarze Aktivistinnen vom Black-Earth-Kollektiv aus Berlin eingeladen, welche mit einem etwa 20-minütigen Vortrag über ihre rassismuskritische Arbeit in der Klimabewegung in die Sitzung einleiteten.

Die Arbeit in der der Friedensbewegung nahestehenden Klimagerechtigkeitsbewegung sollte Inspiration bieten für die anschließende Gruppenarbeitsphase, in welcher sich die Teilnehmenden in Kleingruppen über ihre Erfahrungen und mögliche Ansätze für eine rassismuskritische Friedensarbeit innerhalb der eigenen Organisationen austauschen konnten. Als Hilfestellung diente hierbei ein im Voraus ausgehändigter Fragebogen, welcher zur Reflexion der Friedensarbeit in den jeweiligen Organisationen diente.

Die zentralen Erkenntnisse aus den Gruppenarbeiten wurden zur Ergebnissicherung digital festgehalten, und einzelne Punkte konnten in einer abschließenden Runde im Plenum noch einmal gemeinsam diskutiert werden.

Feedback und Reaktionen. Bei den Reaktionen und beim Feedback soll zwischen Teilnehmenden aus anderen Friedensorganisationen, Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit und Mitgliedern der DFG-VK unterschieden werden.



Schon bei der Vorstellung der Idee zur Webinarreihe vor dem DFG-VK-Bundesausschuss schlug den Organisator*innen Skepsis und Ablehnung entgegen. Die Notwendigkeit, sich mit dem Thema und insbesondere mit rassistischen Strukturen und Arbeitsweisen in der Organisation zu befassen, wurde teilweise nicht erkannt, der Vorschlag der Organisator*innen zum Webinar wurden als verbandsschädigend oder als persönlicher Angriff gewertet.

Die Organisator*innen wiederum sahen sich durch derartige Reaktionen bestätigt, dass ein größerer Teil des Bundesausschusses, damit wahrscheinlich ein ähnlich großer Teil der gesamten Mitgliedschaft der DFG-VK, das Thema Rassismus bis dahin nicht als strukturelles Problem erkannt hatte. Trotz der skeptischen Stimmen wurde der Finanzierung der Webinarreihe durch die Organisation zugestimmt.

Leider war die Beteiligung von DFG-VK-Mitgliedern insbesondere in den ersten beiden Teilen der Webinarreihe sehr gering, so dass wir unser Anliegen kaum deutlich machen und die vorhandene Skepsis nicht aus dem Weg räumen konnten.

Überraschenderweise wurde das Webinar aber sehr gut aufgenommen, besonders externe Teilnehmende fanden die Idee der Webinarreihe wichtig und begrüßten die Auseinandersetzung mit dem Thema Rassismus in der eigenen Arbeit. Über 70 Men-

schen nahmen an der ersten Veranstaltung teil.

Teilnehmende konnten am Ende einer jeden Webinarsession in einer Abschlussrunde oder im Anschluss per Mail Rückmeldung geben.

Es stellte sich heraus, dass vor allem Menschen, die sich, auch durch ihre Arbeit in der Entwicklungszusammenarbeit, viel und tiefgehend mit dem Thema Rassismus beschäftigten, die Webinarreihe als wichtig empfanden und trotz ihres fortgeschrittenen Wissenstandes mit großem Interesse an den Webinaren teilnahmen.

Im Feedback bedankten sich diese Personen für historische Ausführungen, (neue) Denkanstöße und Reflexionsmöglichkeiten.

Kritik gab es am zweiten Teil der Reihe, in dem sich stellenweise Themenbereiche aus dem ersten Teil wiederholten.

Herausforderungen und „lessons learned“.

Zielgruppe waren in erster Linie unsere eigenen Mitglieder. Es war sehr schwer, eine große Gruppe dieser Mitglieder für die Veranstaltungen zu gewinnen. Die oben genannten stark ablehnenden Reaktionen des Verbands stellten sich als Herausforderung dar, erinnerten uns aber auch immer wieder an die unterschiedlichen Berührungspunkte und Wissensstände, die die Mitglieder mit dem Thema haben bzw. bisher hatten. Gleichzeitig hatten wir aber auch nicht genug personelle Ressourcen, um auf »

» alle Bedürfnisse und Unterschiede im Wissensstand einzugehen.

Ein Umgang damit ist nun beispielsweise unser Anspruch, ein ausführliches „follow up“ zu gewährleisten und somit Ergebnisse zu sichern und eine Basis für den Reflexionsprozess zu schaffen.

Dabei wäre es hilfreich gewesen, die Zielsetzung genauer zu formulieren.

Unser Ziel, alle rassistischen Strukturen in der eigenen Organisation sofort zu erkennen und ihnen etwas entgegengesetzt zu können, war dabei zu hoch gesteckt. Die Verantwortung zu erkennen, sich zu positionieren und dahingehend eine Verhaltensänderung herbeizuführen, wäre vielleicht ein erreichbareres Ziel gewesen. Eine realistischere Zielsetzung hätte, auch angesichts des hohen Arbeitsaufwandes, dabei geholfen, die Frustrationsschwelle niedrig zu halten.

Ziel des Workshops war es, eine Sensibilität für das Thema bei allen zu wecken. Gleichzeitig war das auch die größte Herausforderung. Wir sehen uns jetzt in einer Situation, in der die Verantwortung, sich zu dem Thema individuell und als Verband zu verhalten, nicht erkannt wird. Im Gegenteil

wird die Verantwortung alleine den Organisator*innen der Webinarreihe zugeordnet, damit der Rest des Verbands sich damit nicht mehr auseinandersetzen muss. Obwohl im Rahmen eines Klausurtreffens des Bundes-sprecher*innenkreises die Webinarreihe auch durch Input vom Bundes-sprecher*innenkreis ergänzt wurde, ist diese Dynamik stark erkennbar. Vorschläge, z.B. alte Kampagnen auf ihre Rassismen hin zu überprüfen oder deren Inklusivität zu fördern, werden zwar nicht abgetan, aber alleine in den Verantwortungsbereich der Organisator*innen gelegt.

Nichtsdestotrotz bleibt es unsere Absicht, weiter Akzeptanz für die Prozessbegleitung zu schaffen. Dies müsste auch auf anderen Ebenen als dem BSK stattfinden, so z.B. in den Landesverbänden und den Ortsgruppen.

Auf die allgemeinen Herausforderungen der Webinarreihe haben wir gut reagiert, indem wir flexibel auf die Anforderungen und Rückmeldungen der Teilnehmenden nach den Webinaren eingegangen, organisiert vorgegangen sind und einen konsequenten roten Faden eingebaut haben. Vortragende wurden gut überlegt ausgewählt, und Teilnehmende konnten dauerhaft in die AG Intersektionalität eingebunden werden. Und das trotz des Umstandes, dass wir selbst keine Expert*innen auf dem Gebiet sind, kaum Ressourcen hatten, auf die wir zurückgreifen konnten, und die Webinarreihe die erste ihrer Art war.

Der Abstand zwischen den Webinaren war zu groß, was hauptsächlich daran lag, dass wir ehrenamtlich daran gearbeitet haben.

Ausblick. Die „lessons learned“ und die einzelnen Ergebnisse der Veranstaltungen werden wir auch in unsere Arbeit in der AG Intersektionalität einbringen.

So wurde uns durch die historische Darstellung eindringlich deutlich, dass rassistisches Wissen unausweichlich ist in unserer Gesellschaft. Rassismus funktioniert wie eine Pyra-

mide, er wächst sich nicht aus: Wenn eine weiße Person wegbriecht, dann wird sie wegen der weißen Sozialisierung, die überall um uns herum ist, durch eine andere ersetzt. Rassistische Sozialisation ist unvermeidlich. Unser Bildungssystem ist von weißem suprematischen Denken geprägt und entworfen. Antirassistische allies zu sein, muss für uns heißen, erste Handlungsmöglichkeiten für weiß positionierte Menschen aufzuzeigen, diesem System, dieser sich selbst erneuernden Pyramide, aus ihrer Position heraus etwas entgegenzusetzen. Dies muss auch in der AG weiter konkretisiert und bearbeitet werden.

Als zentrale Frage stellt sich uns, wie wir weiter konkret antirassistisch und intersektional in diesem Kontext arbeiten wollen. Es bietet sich an, die geknüpften Kontakte und angefangenen Diskussionen weiter zu nutzen und zu vertiefen. Es könnten Handlungstipps und Orientierungshilfen für Organisationen gesammelt und zum Ausprobieren zur Verfügung gestellt werden. Es könnten Lernpunkte wieder eingesammelt, in Handlungstipps integriert und so ein lebendiges und sich an der Realität weiterentwickelndes Dokument für alle gebaut werden.

Was auch immer aus unserem fruchtbaren Start entsteht – als Ergebnis der Webinarreihe steht für uns fest, dass die Auseinandersetzung mit dem Thema „Rassismus in der Friedensarbeit?“ für uns und den Verband lange nicht abgeschlossen ist. Wie unser Referent Dr. Ali Fathi erklärte, verhält es sich mit der antirassistischen Selbstreflexion wie mit einem Licht im eigenen Keller, welches, sobald man es einmal eingeschaltet hat, nie wieder ausgeht. Eines, das es uns nicht leicht macht und uns immer wieder dazu bringt, uns mit unserem Keller, also unseren Privilegien und unserer rassistischen Sozialisation, auseinanderzusetzen.

*Markus Hornberger, Katja Görgen, Jan Sander und Kathi Müller sind Mitglieder des DFG-VK-Bundessprecher*innenkreises.* <<

Warum werden eigentlich in der *CivilCourage* Begriffe wie **Uno, Nato usw. klein geschrieben?**

Akronyme werden wie ein gewöhnliches Substantiv mit großem Anfangsbuchstaben und ansonsten klein geschrieben – z.B. Nato (North Atlantic Treaty Organization), Uno (United Nations Organization), –, Abkürzungen hingegen groß – z.B. AKW, LKW, DFG-VK. Ob es sich um ein Akronym oder um eine Abkürzung handelt, merkt man beim Sprechen: Wird das „aus den Anfangsbuchstaben mehrerer Wörter gebildete Wort“ (Duden-Definition für Akronym) als Wort „fließend“ ausgesprochen, dann handelt es sich um ein Akronym, werden hingegen die Buchstaben einzeln ausgesprochen, dann ist es eine Abkürzung.

Buchbesprechungen



Ziesar Schawetz (Hrsg.): David McReynolds – Philosophie der Gewaltfreiheit. Das pazifistische Manifest eines Marxisten. (Aus dem Amerikanischen übersetzt von Ziesar Schawetz) (Nr. 10 der Reihe *IDK-Texte zur Gewaltfreiheit*, hrsg. von Wolfram Beyer; IDK-Verlag Berlin) Berlin 2021; 96 Seiten; 6,80 Euro (zzgl. Versandkosten); Bestellung über www.idk-info.net



Andreas Zumach: Reform oder Blockade: Welche Zukunft hat die UNO? Zürich 2021; 320 Seiten; 25 Euro

Im Jahr 2015 veröffentlichte Andreas Zumach zum 70jährigen Bestehen der Vereinten Nationen (englisch: United Nations Organization; Uno) das Buch „Globales Chaos – machtlose Uno“. In seiner Besprechung in der *ZivilCourage* 4/2015 stellte Stefan Philipp damals fest: „Pazifistische Analyse und Strategieentwicklung kommt um die Uno-Frage nicht herum. Das Zumach-Buch ist auch deshalb Pflichtlektüre für PazifistInnen.“ Diese Einschätzung trifft uneingeschränkt auch auf die in diesem Jahr erschienene aktualisierte und stark erweiterte Neuauflage des Buches unter dem Titel „Reform oder Blockade: Welche Zukunft hat die Uno?“ zu.

Andreas Zumach schildert in dem neuen Buch nicht nur den weiteren Verlauf der in der ersten Auflage beschriebenen Gewaltkonflikte und stellt die fortschreitende Erosion des Völkerrechts, insbesondere (aber bei Weitem nicht nur) durch die US-Admi-

kurz und knapp: Aus der IDK, der Internationale der Kriegsdienstgegner*innen, eine 1947 gegründete (weitere deutsche) Sektion der War Resisters' International (WRI) und Organisation, die die verschiedenen Fusionen zur DFG-VK nicht mitgemacht hat, kommen immer Broschüren mit wichtigen (Grundlagen-)Texten. Diese widmet sich dem 2018 verstorbenen David McReynolds, einem der prägenden Persönlichkeiten des Pazifismus in den USA – aber auch international, war er doch Jahrzehnte führend in der WRI tätig.

nistration unter Präsident Trump, sondern zeigt auch, welche Rolle die Uno bei den gegenwärtig größten Herausforderungen für die Weltgemeinschaft spielt (oder spielen könnte und sollte): die Bewältigung der globalen Folgen des Klimawandels und der Corona-Pandemie.

Besonders lesenswert ist dazu das Kapitel „Corona, Ebola – Gesundheit als Ware“, in dem Andreas Zumach die Veränderungen der Finanzierung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) von staatlichen Pflichtbeiträgen der Uno-Mitgliedsstaaten bis Ende der 1990er Jahre hin zu freiwilligen Leistungen der Regierungen und zweckgebundenen Spenden von Stiftungen und Konzernen (zusammen inzwischen 80 Prozent der Haushaltsmittel der WHO) schildert. Diese Veränderungen hatten gravierende Folgen für die Arbeit der WHO und führten unter anderem dazu, dass die Entwicklung vorbeugender Gesundheitsprogramme, die die sozialen und politischen Ursachen von Krankheit mit in den Blick nehmen, vernachlässigt wurde.

Sehr differenziert betrachtet Andreas Zumach in diesem Zusammenhang den Einfluss privater Akteure, wie z.B. der Bill & Melinda Gates-Stiftung, bei der Finanzierung der WHO. Die unzureichende Finanzierung der

Das Buch gliedert sich in zwei Teile. Der ausführliche, kenntnisreiche und einleitende Text von Ziesar Schawetz hilft bestens dabei, die eben nun historische Figur David McReynolds kennenzulernen, zu verstehen, einzuordnen und zu „bewerten“. Die beiden anderen sind Originalton David McReynolds und vielleicht besonders lesenswert für Jüngere. Sie könnten diesen zeigen: Auch „alte weiße Männer“ waren mal jung und können dennoch auch im Alter im Denken und Handeln radikal bleiben. Lesenswert!

Stefan Philipp

gesamten Uno verdeutlicht Andreas Zumach mit diesem Vergleich: Die 193 Uno-Mitgliedstaaten gaben 2019 fast 250 US-Dollar pro Erdbewohner für Rüstung und Militär aus, für die Uno hingegen lediglich 7 US-Dollar.

Vorschläge für eine Reform und Weiterentwicklung der Uno stellt der Autor in seinem Buch einige vor, wie den 2005 vom damaligen Uno-Generalsekretär vorgestellten Reformplan der Uno „In größerer Freiheit. Auf dem Weg zu Entwicklung, Sicherheit und Menschenrechten für alle“ und die 2015 auf einem Uno-Gipfel verabschiedete „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“. Umgesetzt werden konnte davon bislang nur wenig. Der im Januar 2021 in Kraft getretene Atomwaffenverbotsvertrag bleibt deshalb der einzige Lichtblick in der Entwicklung der letzten Jahre.

Das Buch ist für die praktische politische Arbeit sehr hilfreich. Die systematische Darstellung des Verlaufs von Krisen und Konflikten erleichtert es, aktuelle Ereignisse und das Scheitern der Uno-Mitgliedstaaten besser zu verstehen. Andreas Zumach schildert an vielen Beispielen sehr klar, wie die Aushöhlung der UN-Charta dazu führte, dass das Völkerrecht durch Vertragsbrüche von Mitgliedstaaten im sogenannten Krieg gegen den Terrorismus immer obsoleter wurde. Das »

» Personenverzeichnis in der Neuauflage steigert den Gebrauchswert des Buches zusätzlich.

Ebenfalls einen hohen Gebrauchswert als gute Argumentationshilfe in

der aktuellen Debatte hat übrigens ein Beitrag von Andreas Zumach, der im September (nur) auf der Homepage der *Zivilcourage* (<https://zivilcourage.dfg-vk.de/>) erschienen ist: „Der end-

lose und gescheiterte Krieg. Afghanistan, Irak, Syrien, Mali – und wie weiter?“, abrufbar unter <https://bit.ly/3chqMIV>

Stefan Lau



Erica Chenoweth: *Civil Resistance. What everyone needs to know.* Oxford 2021 (Oxford University Press); 334 Seiten; ISBN-10: 0190244402

Was jeder über gewaltfreien Widerstand wissen muss

Erica Chenoweth hat vor zehn Jahren zusammen mit Maria Stephan das Buch „Why Civil Resistance Works“ veröffentlicht. Aktuell hat sie die Ergebnisse ihrer weiteren Forschungen zur Wirkung des gewaltfreien Widerstands in ihrem neuesten Buch „Civil Resistance. What everyone needs to know“ veröffentlicht. Es ist bisher nur in englischer Sprache verfügbar.

Verdienstvoll ist, dass sie in diesem Buch Fragen beantwortet, die im ersten Buch noch offen geblieben sind.

Die Autorin hat den nach Berthold Beitz benannten Lehrstuhl in Harvard inne. Dass Beitz sein Geld für seine Arbeit im Rüstungskonzern Krupp bekam, ist ihr nicht anzulasten. Ihr wissenschaftlicher Verdienst ist es, statistisch genau nachgewiesen zu haben, dass gewaltfreie Bewegungen eine wesentlich bessere Erfolgsaussicht haben als gewalttätige.

Dazu hat sie alle politischen Bewegungen seit dem Jahr 1900 ausgewertet, die eine Mindestgröße an Beteiligten überschritten. Sie hat diese Bewegungen in gewalttätige und gewaltfreie unterschieden. Gewaltfreie Bewegungen haben das Ziel, dass Menschen unverletzt bleiben. Als gewalttätig zählt sie solche, bei denen die Anwendung von Gewalt über ein definiertes Maß hinausging. Zu grundsätzlich gewaltfreien Bewegungen mit

gewalttätigen Rändern nimmt sie ausführlich Stellung.

Neu ist in diesem Buch, dass sie zum Erfolg gewalttätiger Revolutionen darstellt, dass diese sich auf eine viel größere gewaltfreie Massenbewegung stützen konnten. Am Beispiel des irischen Unabhängigkeitskrieges (1919-1922) gegen die britische Besatzung zeigt sie auf, dass die Bevölkerung schon seit 1870 gewaltfrei eine Selbstorganisation mit Parallelstrukturen aufgebaut hatte, ohne die der Krieg kaum erfolgreich gewesen wäre.

Die Auswertung, ob eine Bewegung mit einem Erfolg, einem Teilerfolg oder einem Misserfolg endete, ist in umfangreicher Tabelle angefügt und damit für jeden nachzuvollziehen. Chenoweth hatte bei ihrer Auswertung keinen Unterschied gemacht, ob eine Bewegung progressive Ziele verfolgte oder konterrevolutionär war. Diesbezüglich ist ihre Statistik völlig neutral. Aber da sie ihre Methodik offenlegt, ist leicht nachzurechnen: Wenn man nur die sozialistischen Revolutionen, antifaschistischen Widerstandsbewegungen und antikoloniale Befreiungsbewegungen auszählt, fällt der Unterschied in der Erfolgsrate zugunsten der Gewaltfreiheit sogar noch deutlicher aus. Sie stimmt der Aussage, dass gewaltfreier Widerstand auch für unmoralische Ziele einsetzbar ist, ausdrücklich zu und nennt dazu die Bewegungen gegen die sozialistischen Regierungen in Bolivien und Venezuela und die Monarchisten in Thailand.

Chenoweth setzt sich mit der Frage auseinander, ob gewaltfreie Methoden nur erfolgreich sind, wenn der Gegner sich „demokratisch“ zurückhält. Sie stellt klar, dass die britische Kolonialherrschaft in Indien ebenso Massenmorde wie Faschisten durchführte. Die antikoloniale Befreiungs-

bewegung mit Gandhi blieb dennoch überwiegend gewaltfrei. Gewaltfreier Widerstand war auch dann erfolgreich, wenn er sich direkt gegen den Hitlerfaschismus richtete. Chenoweth hat dazu die dänische antifaschistische Widerstandsbewegung ausgewertet und die Proteste der Frauen in der Rosentstraße in Berlin, bei denen die Nazis nachgeben mussten.

Demgegenüber sinkt die Erfolgsrate signifikant, wenn eine gewaltfreie Bewegung gewalttätige Ränder akzeptiert. Dass Gewaltaktionen der Bewegung helfen könnten, wird eindeutig widerlegt. Militante Gewalttäter werden nicht etwa gewaltfreie Demonstrationen vor Angriffen von Militär oder Polizei schützen können, sondern bewirken das genaue Gegenteil, dass es nämlich viel mehr Tote und Verletzte gibt. Folglich sollten gewaltfreie Bewegungen sich besser von ihren gewalttätigen Rändern trennen, ihnen die Alternative anbieten, sich auf gewaltfreie Methoden zu beschränken oder die Bewegung zu verlassen.

Nur bei den von faschistischer Ideologie geleiteten Gruppen und Bewegungen führt die Akzeptanz und Anwendung von Gewalt nicht zu einer schlechteren Erfolgsbilanz. Chenoweth erklärt hierzu, dass das Wesen dieser Bewegungen Gewalt sei und sie damit stimmig seien. Demgegenüber gehen diejenigen, die für Frieden, Gerechtigkeit und soziale Rechte eintreten, durch den unauflösbaren Widerspruch zwischen ihren Zielen und gewalttätigen Mitteln in den Misserfolg.

Chenoweth stellt heraus, dass gewaltfreie Bewegungen, die mehr als drei Prozent der Bevölkerung umfassten, erfolgreich waren. Da bleibt doch die Frage offen, weshalb mehr als vier Millionen erklärte Kriegsdienstver-

weigerer es hierzulande nicht schaffen konnten, das Militär abzuschaffen und Deutschland als internationalen Kriegsdienstverweigerer auf gewaltfreie Außenpolitik zu verpflichten.

Offen bleibt auch die Frage, in welchem Ausmaß die Beschränkung auf Teilforderungen den Erfolg beeinflusst. Hier aufgelistet, aber in ihrem vorherigen Buch ausführlicher dargestellt ist die gewaltfreie philippinische Widerstandsbewegung gegen den faschistischen Diktator Marcos. Weil Corazon Aquino die Eigentumsverhältnisse und Ausbeutung durch internationale Konzerne unangetastet ließ, während die vorher gescheiterte kommunistische Partei der Philippinen die Beendigung der Ausbeutung und die ökonomische Gleichheit zum Ziel hatte, ließen die USA ihren Statthalter Marcos genau dann fallen, als klar war, dass sie von Aquino nichts zu befürchten haben. Es ist mit der statistischen Methode nicht zu unterscheiden, ob die unterschiedlichen Ziele oder die unterschiedlichen Mittel der Aquino-Partei und der Kommunisten entscheidend für den Erfolg oder Misserfolg waren.

Chenoweths Beschreibung zu Irland bestätigt den 100 Jahre älteren Bericht John Reeds über die russische Oktoberrevolution „Zehn Tage, die die Welt erschütterten“. Den hat-

te sie im Literaturverzeichnis leider gar nicht erwähnt. Da wäre wenig über revolutionären Schusswaffengebrauch, aber sehr viel von gewaltfreien offenen politischen Diskussionen in den Sowjets zu finden. Lenin nannte das bereits im April 1917 „Doppelherrschaft“, dass „neben der Regierung der Bourgeoisie sich eine zwar noch schwache, erst in der Keimform vorhandene, aber dennoch unzweifelhaft existierende und erstarkende zweite Regierung herausgebildet hat: die Räte der Arbeiter- und Soldatendeputierten“, und Millionen russischer Arbeiter und Bauern hatten sich schon lange vor der Oktoberrevolution in Konsum- und Produktionsgenossenschaften organisiert. Erfolgreiche gewalttätige Strukturen profitierten von den vorherigen gewaltfreien Aktionen. Es gab erfolgreiche gewalttätige Bewegungen, aber wenn gewaltfreie Strukturen etabliert sind, sind Gewaltaktionen für den kurzfristigen Erfolg nicht nötig und für den langfristigen Erfolg eher hinderlich.

Der Untertitel „Was jeder wissen muss“ hat hier seine Berechtigung. Das Buch „Civil Resistance“ ist bei Oxford University Press erschienen für 16,95 US-Dollar, die Carl-von-Osietzky-Buchhandlung beispielsweise importierte es für 16,95 Euro.

Ralf Cüppers

FELDPOST



TAGESBEFEHL!

Soldatinnen und Soldaten!

Die haben doch immer etwas zu meckern, die Protestfritzen von diesem Friedensverein. Ihr letzter Aufreger: Unser traditioneller ITT, International Tank Tuesday. Unsere PR-Kameraden vom Heer posteten wie immer etwas auf Twitter mit kurzem Text und einem stimmungsvollen Leo-Foto mit viel Rumms und Mündungsfeuer. Alles okay soweit. Nun fiel unser ITT ausgerechnet auf den 9. November. Ganz gefährlich, denn da ist Gedenktag: Republikgründung 1918, Judenpogrome 1938 und Mauerfall 1989 – und auf keinen Fall Platz für unseren ITT mit Leo-Foto und Rumms. Das meinen jedenfalls die Friedensheinis, die uns bei jeder Gelegenheit ans Bein (oder an die Panzerkette) pinkeln. Na, wir haben für die so unsere Gegenmittel. Wenn jemand von uns so einen Friedensapostel dabei erwischt, wenn er eines unserer Werbeplakate klaut oder beschmiert, dann wird ab sofort nicht die 110 angerufen, sondern der bekommt ganz spontan von links und rechts direkte politische Bildung. Wir verstehen uns ...

Alex von Lingua, Feldpostmeister

Beitrittserklärung

Ich unterstütze die DFG-VK-Grundsatzserklärung und werde deshalb Mitglied der DFG-VK.

Vorname

Nachname

Geburtsdatum

PLZ + Ort

Straße + Hausnummer

Telefon

E-Mail

Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen bei der DFG-VK gespeichert werden.

Datum

Unterschrift

Beitragsstufen

Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen):

- Förderbeitrag Stufe 6 29,00 Euro
- Förderbeitrag Stufe 5 22,00 Euro
- Förderbeitrag Stufe 4 15,00 Euro
- Normalbeitrag Stufe 3 10,00 Euro
- Ermäßigter Beitrag Stufe 2 5,00 Euro
- Mindestbeitrag Stufe 1 2,00 Euro

(Die Stufen 1 und 2 sind nur per halbjährlichem Bankeinzug möglich.)

Darüber hinaus spende ich monatlich Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig Euro.

Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen)

- vierteljährlich
- halbjährlich
- jährlich

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

KontoinhaberIn

IBAN

BIC

Datum

Unterschrift

Das DFG-VK-Spendenkonto
IBAN: DE05 3702 0500 0008 3046 00
BIC: BFSWDE33XXX





AUCH WEIHNACHTSMÄNNER HABEN WUNSCH UND GUTE VORSÄTZE

Friedlich denken allein ändert nichts. Werde Mitglied der DFG-VK!

Bitte die Rückseite ausfüllen und in einem Fensterumschlag schicken an:

DFG-VK-Bundesverband
Hornbergstraße 100
70188 Stuttgart



Die Grundsatzklärung der DFG-VK:

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.